Einzelpreis 15 Pf. Halle, Montag, den 28. Juli 1919. 30. Jahrgang • Nr. 174.

Verlag u. Geschäftsstelle: Halle (Saale), Harz 42-44. Fernruf 1047. Geöffnet von 7½ Uhr früh bis 5 Uhr nachmittags. Postscheckkonto: Leipzig 1016.

Volksblatt

Schriftleitung: Halle (Saale), Harz 42-44. Fernruf 1045. Sprechzeit: Nur werktags von 12 bis 1 Uhr mittags.

Sozialdemokratisches Organ für Halle und den Bezirk Merseburg.

Bezugspreis: Frei Haus monatl. 1,75 Mk., vierteljährl. 5,25 Mk.; durch die Post bezogen monatl. 1,75 Mk., ohne Zustellungsgebühr.

Erscheint jeden Werktag nachmittags. Anzeigen bis morgens 9 Uhr erbeten, größere tags vorher.

Anzeigenpreis: 20 Pf. für den Millimeter Höhe u. Spalte; 60 Pf. für Reklame, anschließend an den dreigespaltenen Textseitenteil.

Verbrechen und Verbrecher.

Zu den Erzbergerschen Enthüllungen.

Das Enthüllungs-Theater über das Kriegsverbrechen und die Kriegsverbrecher ist nun angegangen. Das Volk und die Völker erfahren vorerst Urkundliches über die deutsche Militärdiktatur, die wiederholt Friedensangebote der Gegner hintertrieb und vereitelte. Wie wir berichtet, machte in der Sitzung der Nationalversammlung am 25. Juli der Reichsfinanzminister Erzberger an der Hand eines urkundlichen Aktenmaterials Enthüllungen über die Schuld der deutschen Regierung an der sinnlosen Fortführung des Krieges, die endlich die letzte Maske von den heuchlerischen Fratzen der alldeutschen Hetzer rissen. Gegenüber all dem Gefasel jener Herrschaften, daß die Sozialdemokratie, die Arbeiterschaft und die Revolution die Schuld an Deutschlands Niederlage hätten, bewies Erzberger, daß allein die grenzenlose Dummheit der deutschen Regierungen, die wütende Kriegsraserei der Militaristen und der Dünkel der „Deutschland über alles"-Schreier es war, das uns in dieses Unglück hineingetrieben hat. Der Minister stützt sich vor allem auf einen bisher verborgen gehaltenen Brief des damaligen österreichischen Ministers des Aeußeren, Grafen Czernin, an den ehemaligen Kaiser Karl.

In diesem Brief, der bereits vom 12. April 1917 stammt, erklärte Graf Czernin dem damaligen österreichischen Kaiser ganz offen, daß sowohl Oesterreich als auch Deutschland am Ende ihrer militärischen Kräft ständen. Er führte aus, daß der U-Boot-Krieg nicht annähernd die Erfolge zeitige, die man von ihm erwartet habe, und daß nur ein schneller Friedensschluß die beiden Zentralmächte vor dem Untergang retten könne. Der Minister wies nach, wie alle diese Tatsachen der deutschen Regierung und der deutschen Heeresleitung bekannt waren, und wie diese trotzdem jeden Friedensgedanken ablehnten. Erzberger erbrachte den klarsten Beweis für die freventliche Gesinnung der führenden deutschen Kreise dadurch, daß er einen Brief, den der Münchener päpstliche Gesandte im Auftrage des päpstlichen Kardinal-Staatssekretärs an den Reichskanzler Michaelis sandte, der Nationalversammlung zur Kenntnis brachte. In diesem Briefe — er stammt vom 30. August 1917 — erklärte der Nuntius, daß die englische Regierung zu einem Friedensschluß bereit wäre, wenn Deutschland eine bestimmte Erklärung über seine Absichten hinsichtlich der vollen Unabhängigkeit Belgiens und der Entschädigung für den in Belgien durch den Krieg verursachten Schaden abgäbe. Und der Reichskanzler Michaelis beantwortete dieses Schreiben zunächst über drei Wochen lang überhaupt nicht und schließlich antwortete er ausweichend.

Jetzt läßt Herr Ludendorff öffentlich erklären, daß er von diesen Friedensversuchen Englands „nichts gewußt" habe. Und Herr Michaelis macht ein langes Entschuldigungsgerede. Er beruft sich auf einen Kronrat und auf allerhand Nebendinge. Die Schuld der Herren Machthaber kann aber nicht bestritten werden.

Ein Schuldiger nennt den andern einen Spitzbuben! Diesen Eindruck bekommt man angesichts des Entrüstungsrummels, der jetzt in der gesamten bürgerlichen und rechtssozialistischen Presse wegen der Erzbergerschen Enthüllungen inszeniert wird. Das schlechte Gewissen preßt allen die eifrigste Versicherung ab, daß sie von den Friedensangeboten bisher „nichts gewußt" haben. Freilich wird diese Versicherung nicht überall bedingungslos abgegeben. Vorsichtig schreiben einzelne Blätter, daß man den Wortlaut der beiden zitierten Briefe nicht gekannt habe. Und bei den Rechtssozialisten scheinen einzelne in den letzten Monaten aus der Schule geplaudert zu haben, denn ein Teil ihrer Blätter erklärt, daß ihnen vor der Revolution von den Friedensmöglichkeiten nichts bekannt gewesen sei.

Der Redaktion des Vorwärts imponiert offenbar die Methode des Herrn Erzberger, der nach Spielerart kühn die eigene Existenz riskiert, in der Hoffnung, dadurch seinen Gegner aus dem Weg zu räumen. Die Rechtssozialisten sind sich natürlich klar darüber, daß sie von uns immer wieder die Anklage zu erwarten haben, daß sie von diesen Dingen wußten und trotzdem die Politik der verschiedenen Regierungen während des ganzen Krieges unterstützt haben. Die Furcht vor dieser Anklage läßt sie nach Erzberger-Manier tollkühn werden.

So schreibt der Vorwärts am Sonnabend mit einer bis jetzt noch unübertroffenen Frechheit: „Den Unabhängigen ist jedesmal das Konzept verdorben, wenn festgestellt wird, daß der Mehrheitsblock des Reichstages viel aussichtsreichere und ernstere Friedensarbeit geleistet hat als die Unabhängigen mit ihren Deklamationen."

Und am Sonntag schwört er nochmals hoch und heilig, daß vor der Revolution kein Sozialdemokrat die Dokumente gekannt habe. Möglich ist es, daß die damalige Regierung ihre brauchbarsten Stützen nicht kompromittieren wollte, indem sie den Rechtssozialisten den Wortlaut der Dokumente vorlegte. Aber die Tatsache der wiederholten Friedensbemühungen und der brüskten deutschen Ablehnungen war den Rechtssozialisten ebenso wie Herrn Erzberger und allen bürgerlichen Parteien bekannt. Nichtsdestoweniger haben sie weitere Kredite bewilligt und die ganze verlogene Politik nur durch ihre Unterstützung möglich gemacht. Jetzt, nachdem ihre Freunde von einst gestürzt sind, und Rechtssozialisten und Zentrum dank der Verblendung weiter Volkskreise selbst die Ministersessel „zieren", da mimen diese Leute eine Entrüstungskomödie, die um so widerwärtiger ist, weil Rechtssozialisten und Zentrum mit Frechheit darauf rechnen, daß der Arbeiterschaft das Gejohle und das Gebrüll „Vaterlandsverräter" nicht mehr in den Ohren klingt, daß die gleichen Leute damals im Reichstag anstimmten, als ihnen hart von unseren Genossen ins Gesicht gerufen wurde, daß sie die Politik einer Regierung unterstützten, die wiederholt Friedensangebote ausgeschlagen und mit dem Leben und Glück des gesamten Volkes ein frivoles Spiel getrieben habe.

Aber so schnell vergessen die Arbeiter die Schandtaten der Rechtssozialisten nicht, auch wenn der Belagerungszustand die Diskussion darüber nur auf allerengste Kreise beschränkte. Jetzt taucht das damalige Verhalten der Rechtssozialisten wieder groß in der Erinnerung der Arbeiterschaft auf, und gerade die Frechheit der rechtssozialistischen Ableugnungsversuche läßt das revolutionäre Proletariat voll Genugtuung feststellen, daß auch die Rechtssozialisten fühlen, daß sie auf einem Vulkan sitzen. Denn nur ein starkes Gefühl der Unsicherheit kann zu einer so tollkühnen Politik führen. Dauernd und fest kann man die Macht nur in der Hand behalten, wenn man eine klare und entschiedene Politik mit reinlichen Mitteln im Hinblick auf ein großes Ziel betreibt.

Weitere Münchener Zuchthausurteile.

Der Friseur Max Strobl aus München, der als Leiter der Kommission zur Bekämpfung der Gegenrevolution zahlreiche Verhaftungen von Geiseln befohlen hatte, erhielt 7 Jahre Zuchthaus und 10 Jahre Ehrenrechtsverlust.

Der Rosenheimer Kommunistenführer Guido Kort aus Rosenheim erhielt 8 Jahre Zuchthaus und 10 Jahre Ehrenrechtsverlust.

Zu dem Schandurteil gegen Axelrod und Neurath

schreibt das Blatt der Dresdener Scheinsozialisten: Hoffentlich sorgen unsere bayerischen Genossen dafür, daß Neurath seine Strafe nicht abzubüßen braucht, sondern recht bald seine Freiheit wiedererlangt. Alle, die Neurath kennen, wissen, daß er sich nur von den besten Absichten leiten ließ, wenn er auch in der bewegten Zeit, die er in München durchmachen mußte, mit den Gesetzen in Konflikt gekommen sein mag. Wenn wir auch Neuraths Anschauungen in vielen Punkten nicht teilen, so glauben wir doch, daß er mit seinen großen Kenntnissen der Sache des Sozialismus noch wird viele gute Dienste leisten können."

Das Urteil gegen Axelrod wird dagegen kritiklos hingenommen. Er war ja auch nicht „unpolitisch" und wußte deshalb, daß der Sozialismus nur herbeigeführt werden kann im scharfen Kampfe gegen die Rechtssozialisten.

Für seine Mitarbeit in der Münchener Räteregierung wurde er zu 15 Jahren Zuchthaus, unter Aberkennung der ehrenhaften Gesinnung, verurteilt, trotzdem er als Abgesandter der russischen Räterepublik das Recht der Exterritorialität genoß und im Hinblick darauf auch jede Verteidigung in dem Prozeß abgelehnt hatte.

Die Offiziere des Münchener Standgerichts sind sich offenbar nicht klar über die Wirkung, die ihr Urteil auch bei der Arbeiterschaft und Regierung Rußlands auslösen muß. Wegen Betätigung seiner politischen Gesinnung erkennen sie einem Abgesandten einer anderen Regierung die ehrenhafte Gesinnung ab und verurteilen ihn zu 15 Jahren Zuchthaus. Von den Offizieren eines Standgerichts wird eine objektive Beurteilung ja nur sehr schwer zu erwarten sein. Von dem gefällten Urteil aber wissen wir, daß es mit dazu beitragen wird, den Proletariern die Augen zu öffnen, und daß damit der Tag immer näher rückt, an dem politische Urteile eine Korrektur erfahren werden.

Das Urteil im Neuring-Prozeß.

Ihr laßt den Armen schuldig werden!

Dresden, 27. Juli. Im Prozeß wegen Ermordung des sächsischen Kriegsministers Neuring wurde 11¼ Uhr nachts das Urteil verkündet. Barisch wurde zu drei Jahren Gefängnis und fünf Jahren Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte, Gottlöber, Becker und Pietzsch zu je zwei Jahren sechs Monaten Gefängnis, Allner zu zwei Jahren Gefängnis, Schreiber zu einem Jahr sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Die Angeklagten Fritze, Heydemann, Krebs, Merkel und Thamm wurden freigesprochen.

Vom November bis April suchte Neuring nach der unrühmlich bekannten Methode des Gewerkschaftsführers die Erfüllung der berechtigten Forderungen der Dresdener Lazarettinsassen und des Personals immer wieder mit Redensarten und Vertröstungen hinauszuschieben. Eine glatte Ablehnung steigerte dann den Groll der so lange Vertrösteten aufs äußerste. Demonstrierend wollten sie am nächsten Tag dem Kriegsminister Neuring klar machen, daß sie nicht so mit sich umspringen lassen. Sie fanden aber nur eine höhnische Abweisung. Die Verhandlung mit der zuerst entsandten Kommission wurde von Neuring abgelehnt, eine zweite mußte gewählt werden, und die Erbitterung in den Massen wurde noch gesteigert, als ein Soldat aus dem Kriegsministerium Uebungshandgranaten warf — wie man sagt, ohne die Anweisung des Ministers. Den überaus erregten Kriegsverletzten schickte man dann Sicherheitstruppen auf den Hals, die schnell entwaffnet wurden, zum großen Teil ihre Waffen auch freiwillig abgaben, weil sie sie nicht gegen die wehrlosen Kriegsverletzten richten wollten. Nun flammte die den Massen im Felde systematisch eingeimpfte Mordlust auf und es kam zu der scheußlichen Ermordung Neurings, die an den Beteiligten, die wohl alle selbst mehr Opfer sind, mit schweren Gefängnisstrafen gerächt werden soll.

Verzweiflungsstimmung überall.

Nicht nur in den Ländern der besiegten Völker, sondern auch in denen der Sieger häufen sich Taten der Verzweiflung und des Unwillens über die Unerträglichkeiten, die der Krieg überall geschaffen. Die Deutsche Zeitung weiß von Kämpfen zwischen der Londoner Bevölkerung und amerikanischen Soldaten zu berichten. Die Wut des Volkes auf die Amerikaner sei darauf zurückzuführen, daß man in London wisse, diese Truppen seien da, um eventuell bei einer Niederschlagung von Unruhen mitzuhelfen. Straßenkämpfe sind auch in England nichts seltenes mehr. In Swindon demolierte die Menge alle für das Friedensfest aufgebauten Ehrenpforten und Fahnenstangen, die zu großen Scheiterhaufen zusammengetragen, mit Petroleum begossen und in Brand gesetzt wurden.

Zum Präsidenten von Finnland ist Professor Stahlberg vom finnischen Landtage mit 143 Stimmen gegen 50 Stimmen, die auf Mannerheim fielen, gewählt worden.

Die gegenrevolutionäre Offizierskamarilla.

Die von monarchistischen Offizieren der Reichswehr in Berlin veranstalteten monarchistischen Demonstrationen, über die wir gestern berichteten, ihr herausforderndes Auftreten, der überhebende Brief des Generals Hofmann an Noske und andere ähnliche Vorgänge zeigen mit aufreizender Klarheit, daß die Reaktion ihre Stunde für einen großen Schlag gegen die Revolution für gekommen sieht. Eines der reaktionärsten Berliner Hetzblätter, die Tägliche Rundschau, erregte sich schon neulich in einem Leitartikel darüber, daß in den letzten Tagen ausnahmsweise einmal auch der Vorwärts etwas energischere Töne gegen die Unverschämtheit und selbstherrliche Ueberhebung gewisser Offizierskreise gefunden hat. Und es ist bezeichnend, daß die Regierung sich von diesem alldeutschen Scharfmacherblatt vorwerfen lassen muß, sie wende sich jetzt gegen die Männer, denen sie ihr Leben verdankt. So wird also hier von einer Stelle, die es ja wissen muß, der sozialistischen Regierung bescheinigt, daß ihre Herrschaft nur auf den Degenspitzen der Offiziere beruht, und man kann es verstehen, daß diese Kreise es gewaltig krumm nehmen, wenn einmal die Regierung nicht ganz nach ihrer Pfeife tanzt. Das wollen sie sich natürlich nicht gefallen lassen. Und so erklärt denn die Tägliche Rundschau, daß die rechtssozialistische Regierung, wenn sie nicht stets den Offizieren zu Willen sein würde, sich gar bald einer starken Gruppe von fähigeren, willenskräftigeren Männern gegenübersehen würde, in deren Herzen Erbitterung und Haß brennt.

Ganz offen wird hier also mit der monarchistischen Gegenrevolution und mit der Militärdiktatur gedroht. Demgegenüber tut es auf das dringendste not, immer von neuem auf die Gefahren hinzuweisen, die dem gesamten deutschen Proletariat drohen, wenn die jetzt herrschende Offiziersclique an der Macht bleibt. Immer und immer wieder muß es dem revolutionären deutschen Volke vor Augen geführt werden, wie seine Befreiung und sein Aufstieg zur wirtschaftlichen Macht auf das stärkste gefährdet sind, solange der reaktionäre Einfluß der Offiziierskreise auf die Regierung bestehen bleibt. Es muß dem Volke immer wieder gezeigt werden, daß der reaktionäre Offiziersclique, die Deutschlands Unglück verschuldet hat, der Vampyr an unserem Volkskörper ist.

Als in den ersten Tagen des Novembers 1918 die Revolution ausgebrochen war, da richtete sich die Erregung der Soldaten mit urwüchsiger Kraft gegen die Offiziere, denen sie die Zeichen ihrer „Würde", Achselstücke, Degen und Portepee, herunterrissen, und nur der außerordentlichen Gutmütigkeit, die dem deutschen Volke innewohnt, war es zu verdanken, daß damals das Leben der Offiziere unangetastet blieb. Das Vorgehen der Soldaten gegen die Offiziere war der Ausbruch einer über vier Jahre hindurch zurückgehaltenen Wut, die nun mit elementarer Macht zum Durchbruch kam. Es war die unausbleibliche Reaktion gegen das Verhalten fast aller Offiziere, für die vor dem Kriege sowohl als auch im Kriege der Mensch erst beim Offizier anfing. Jeder, der einmal den Soldatenrock getragen hat, der hat wahrscheinlich oft genug unter dem entsetzlichen Hochmut und der Anmaßung dieser Kreise gelitten, der hat sicher nur allzu oft ingrimmig die Faust in der Tasche geballt und den Tag herbeigesehnt, da er es den Offizieren heimzahlen kann.

Doch nicht allein diese sinnlose Ueberhebung der Offiziere, die unser inneres Volksleben so vergiftete, war es, die die Offiziierskreise zum Unglück Deutschlands werden ließen, es war dies vor allem die Tatsache, daß sie einen ungeheuren Einfluß auf die Politik des Deutschen Reiches besaßen und ihn aufs schlimmste mißbrauchten. Nur allzu willfährig ließen sie den Einflüsterungen der geldlüsternen Industriellen, denen sie den Sieg in sichere Aussicht stellten, ihr Ohr und machten sich so nur allzu willig zum Sprachrohr der schmachvollsten Kriegshetzer. So wurden sie die Mitschuldigen, wenn nicht gar die Hauptschuldigen an den dauernden Provokationen, mit denen Deutschland die anderen Länder vor den Kopf stieß und so den preußischen Militarismus zum Erzfeind der ganzen Menschheit werden ließ. Und so tragen sie ein gewaltiges Maß der Schuld an dem millionenfach vergossenen Blut unserer Volksgenossen.

Die Offiziere, sie wußten daher wohl, was sie taten, als sie nach dem 9. November wie spurlos verschwanden und sich in alle Ecken und Winkel verkrochen. Sie ahnten, daß das revolutionäre Volk sie verantwortlich machen und von ihnen Rechenschaft fordern müsse für das unschuldig vergossene Blut so vieler Millionen.

Doch nur kurze Zeit währte das Versteckspiel. Schon nach wenigen Wochen streckten sie ihre ersten Fühler wieder aus, und siehe da, sie fanden eine Regierung, sogar eine „sozialistische" Regierung, die offenbar das ganze furchtbare Schuldkonto dieser Leute vergessen hatte, und die den Offizieren nach ganz kurzer Zeit bereits, als wenn nichts geschehen wäre, wieder zu ihrer alten Macht verhalf. Wohl selbst mit allergrößtem Erstaunen sahen die Offiziere, wie all ihre Verbrechen vergessen waren, erkannten sie den Widersinn dieser Regierung, und in altgewohnter Weise schlugen sie daraus ihr Kapital.

In kurzer Zeit haben sie nun ihre Macht wieder aufgerichtet. Nein, nicht nur das, gewaltiger als je ist heute ihr Einfluß, größer, als es je in der deutschen Monarchie der Fall war.

Wir wollen nicht von dem monokelbewehrten, näselnden, dummstolzen Leutnant sprechen, der sich heute in der sozialdemokratischen Republik genau so mausig macht, wie ehedem, sondern wir wollen allein von der ungeheuerlichen Macht der heutigen Offiziierskreise sprechen, von dem menschenunwürdigen Mißbrauch, den sie mit der Macht treiben, die die „Revolutionsregierung" ihnen wieder in die Hand gespielt hat.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219190728-12/fragment/page=0001

Wie wäre es früher möglich gewesen, daß Offiziere ungestraft, ohne jeden Haftbefehl, Menschen hätten verhaften und wochenlang gefangenhalten können, wie wäre es möglich gewesen, daß Offiziere auf eigene Faust richterliche Handlungen hätten vornehmen, Wohnungen durchsuchen, Briefschaften beschlagnahmen, das Post- und Telegraphengeheimnis verletzen und selbst Abgeordnete, unter Bruch der Verfassung, wochenlang festhalten können, ohne daß sie zur Verantwortung gezogen würden? Wie wäre es möglich gewesen, daß Offiziere straflos unschuldige Menschen hätten niederschießen können, daß des Mordes schuldige Offiziere mit offenkundiger Parteilichkeit freigesprochen worden wären? Wie wäre es früher möglich gewesen, daß ein General Maerker eigenmächtig eine Gemeindevertretung hätte auflösen, daß ein anderer General Hofmann ungestraft hätte erklären können, er denke gar nicht daran, die Befehle der Regierung auszuführen.

So weit sind wir durch die unglaubliche Schlappheit der rechtssozialistischen Regierung gekommen, daß die Offiziere heute in der sozialistischen Republik eine noch viel größere Macht bedeuten als früher in der Monarchie. Und so weit ist es bereits gekommen, daß diese Kreise, da nun die Regierung selber mit Schrecken gewahr wird, was sie angerichtet hat, und da sie nun zum ersten Male etwas energischere Töne zu finden weiß, sich sofort offen auflehnen.

Der Bestand der Republik ist durch die monarchistischen, reaktionären Offizierskreise auf das allerschwerste bedroht und nur die radikalsten Maßregeln können uns hier noch retten. Es ist eine Selbstverständlichkeit, wenn die Regierung jetzt verlangt, daß nur überzeugte Republikaner Offiziere werden dürfen. Ist es anders, lassen wir die reaktionären monarchistischen Kreise immer mehr zur Macht gelangen, so graben wir uns damit unser eigenes Grab. Die größte Gefahr droht unserer jungen Republik von dem reaktionären Offizierkorps.

Allerdings ist es klar, und das hebt die alldeutsche Tägliche Rundschau in ihrer Politik gegen die Forderung republikanischer Offiziere besonders hervor, daß nunmehr viele Offiziere eine politische Ansicht heucheln werden, die sie gar nicht haben, daß sie, um ihr Brot nicht zu verlieren oder um in der Macht zu bleiben, nunmehr vorgeben werden, überzeugte Republikaner zu sein, obwohl es in der Tat nicht der Fall ist. Allerdings ist das ein Zustand, der noch schlimmer wäre als der jetzige, aber es gibt ein einfaches Mittel, ihn zu vermeiden. Und das ist die Erfüllung der alten sozialistischen Forderung: **die Ernennung von Offizieren abzuschaffen** und dafür **die freie Wahl der Führer durch die Mannschaften** einzuführen. Denn die Mannschaften kennen diejenigen, die sie zu ihren Führern wählen, ganz genau, und es ist so gut wie ausgeschlossen, daß sie jemals einen Mann zum Führer wählen werden, der ein Heuchler und Betrüger oder ein Reaktionär und Monarchist ist. Auf diese Weise allein, durch sofortige Einführung der freien Wahl der Führer, können wir die Gefahr bannen, die unserer Freiheit durch die reaktionären Offizierskreise droht. Bis dahin aber muß das Volk sich immer und immer wieder vor Augen führen, daß der schlimmste, der fluchwürdigste Feind unserer Republik und unserer Freiheit das reaktionäre Offizierskorps ist.

•

Von der „Eisernen Eskadron".

Auf Grund des § 11 des Preßgesetzes fordert das Berliner Reichswehrgruppenkommando die Aufnahme folgender Berichtigung: Der Artikel des Volksblattes Nr. 172 vom 25. Juli: Monarchistische Frechheiten enthält verschiedene Entstellungen der Tatsachen. Daß die Eiserne Eskadron kürzlich in Berlin auf dem Marsche durch die Stadt vaterländische Lieder und u. a. Heil dir im Siegerkranz gesungen hat, entspricht den Tatsachen. Der Vorfall ist von dem Reichswehrgruppenkommando offiziell bedauert worden. Daß jedoch der Führer der Eskadron geäußert haben soll: „Wenn sich einer muckt, wird er so auf die Schnauze geschlagen, daß er nicht mehr aufsteht", ist freie Erfindung. Von seiten der Truppe ist kein böses Wort gefallen. Auch daß ein Leutnant einem Straßenbahner mit Erschießen gedroht haben soll, entspricht nicht den Tatsachen. Im übrigen verwechselt das Volksblatt den stellvertretenden Führer des Reichswehrgruppenkommandos Generalleutnant von Hoffmann mit dem Generalmajor Hoffmann, Führer einer Brigade. Reichswehrgruppenkommando.

Diese Berichtigung berichtigt Meldungen, die den Berliner Blättern entnommen waren. Im übrigen ist in den letzten Tagen über eine Fülle von weiteren monarchischen Treibereien in Berlin berichtet worden, auch über Vorgänge in der „Eisernen Eskadron", auf die wir noch zurückkommen.

•

Die Einsicht wächst.

W. T. B. berichtet aus Berlin: Verschiedene Blätter lassen sich aus Königsberg melden, daß infolge der ständigen Hetze gegen die Angehörigen der Reichswehr sich die Vertrauensleute sämtlicher Reichswehren und Grenzschutztruppen an Noske mit der Bitte wandten, er möge umgehend nach Königsberg kommen, da sie keine Verantwortung mehr für ihre Kameraden übernehmen könnten. Diese unverantwortliche Hetze, sagt die Morgenpost, beschränkt sich leider nicht auf Königsberg, sondern wird überall getrieben, wo die Unabhängigen großen Einfluß besitzen. Aber auch mehrheitssozialistische Kreise sind von dieser Hetze anzukränkeln, obwohl doch die gegenwärtige Regierung ohne diese Truppen sich keinen Tag länger halten könnte.

Also nach dem „starken Mann" rufen die Noskejünglinge, nachdem sie durch ihr Verhalten sogar den rechtssozialischen Arbeitern die Augen geöffnet haben. Natürlich beruht die Mißstimmung in Königsberg auf „Hetze" auch aus den Kreisen der Rechtssozialisten und ist nicht etwa auf das Verhalten der Noskegardisten selbst und auf die Vergewaltigung unserer Genossen Mittwoch und Dr. Gottschalk in der Stadtverordnetenversammlung und auf andere schwere Taten zurückzuführen. Das kennt man zur Genüge. Wir konstatieren aber, daß die Einsicht über das Wesen der Freiwilligen-Garden im Wachsen ist.

Der Eindruck der Reden Bauers und Müllers in Frankreich.

Die französischen Zeitungen berichten, daß Clemenceau in seiner Besprechung der Programmreden des Ministerpräsidenten Bauer und des Ministers des Äußeren Hermann Müller u. a. erklärt habe, man dürfe nicht mit schönen Worten den Herren vertrauen, sondern man brauche nur die Leiter der wichtigsten Stellen in der neuen Republik anzusehen, um zu erkennen, daß das alte imperialistische Personal fast vollkommen erhalten geblieben sei und sich nur hinter einer neuen Fassade verberge.

Clemenceau erkennt hier vollkommen klar die tatsächlichen Zustände in Deutschland, das in der Tat nur seine Firma, aber nicht im geringsten seinen Geist geändert hat.

•

Die Friedensverhandlungen zwischen Oesterreich und der Entente. St. Germain, 27. Juli. Reuter. Staatskanzler Renner hat um eine Verlängerung der für die Erwägung des Friedensvertrages festgesetzten Frist gebeten.

Ministerwechsel in Oesterreich. Aus Wien kommt die Meldung, daß Genosse Dr. Bauer von der Leitung der auswärtigen Politik zurücktreten ist. Als Grund bezeichnet Bauer die Unmöglichkeit mit der heutigen Regierung in Italien in freundschaftliche Beziehungen zu kommen. Dr. Bauer bleibt Präsident der Sozialisierungskommission mit den Rechten eines Staatssekretärs.

Die Besatzung im Rheinlande. Versailles, 27. Juli. Der Oberste Rat der Alliierten soll beschlossen haben, in den besetzten Rheingebieten eine Armee von 150 000 Mann zu unterhalten. Hierzu sollen stellen die Amerikaner und Engländer je 30 000 Mann, die Belgier 15 000 Mann und die Franzosen 75 000 Mann. Das Abkommen werde bis zum Monat Oktober oder November Gültigkeit haben.

Wiederaufnahme des Weltverkehrs. Nachdem nunmehr die deutsche Nationalversammlung den Friedensvertrag ratifiziert hat, und nachdem infolgedessen die Entente die Blockade gegen uns aufgehoben hat, beginnen allmählich wieder die Schwingen des Weltverkehrs sich zu regen. Der Nachricht der Wiederaufnahme des Briefverkehrs mit England und Amerika, folgt heute die gleiche Nachricht hinsichtlich Italiens. Nur Drucksachen sollen nach Italien noch nicht zugelassen werden. — Aus Newyork wird gemeldet, daß in Amerika von dem Bankhaus Morgan ein großer Kredit für Deutschland abgeschlossen wird. Er wird mindestens einige Hundert Millionen Dollar, wahrscheinlich aber vielmehr betragen.

Hindenburg und Wilhelm Hohenzollern. Versailles, 26. Juli. Die Alliierten haben das Anerbieten Hindenburgs, für den Ex-Kaiser die Verantwortung zu übernehmen, abgelehnt, indem Sie gleichzeitig die Motive, die ihn zu diesem Schritt veranlaßten, anerkannten. Die Alliierten haben aber Hindenburg mitgeteilt, er könne vor dem Gerichtshof Zeugnis ablegen, wenn er wolle, aber ein Freigeleit könne ihm hierfür nicht zugesichert werden.

Ultimatum der Kalibergarbeiter!

Generalstreik zum 1. August!

Im Anschluß an die am 20. Juli in Hannover stattgefundene Kalibergarbeiter-Konferenz tagte am 27. Juli in Nordhausen eine Konferenz der Kalibergarbeiter des Nordhäuser-, Unstrut-, Halischen und Staßfurt-Anhalter Kalireviers, auf der, durch fast 100 Delegierte, 47 Kaliwerke vertreten waren. Außerdem war Hannover vertreten. Die Delegierten nahmen Stellung zu der in Hannover gefaßten Resolution, und zwar:

1. **Einführung der 7-Stunden-Schicht einschließlich Seilfahrt und ½ Stunde Pause unter Tage; 8 Stunden über Tage einschließlich ½ Stunde Pause.**
2. **Neuregelung des Tarifs mit Rückwirkung ab 1. Juli 1919.**
3. **Achtstägige Lohnzahlung.**
4. **Sofortige Einführung der Betriebsräte; spätestens bis 15. August 1919.**
5. **Urlaubsregelung.**
6. **Regelung des Knappschaftswesens.**

Diese Forderungen wurden mit allen gegen eine Stimme angenommen. — Weiter wurde beschlossen:

Sind diese Forderungen bis zum 30. Juli nicht erfüllt, treten die Kalibergarbeiter Deutschlands bis zur Erfüllung dieser Forderung in den Generalstreik.

Dieser Beschluß wurde mit allen gegen fünf Stimmen angenommen. Die fünf abweichenden Stimmen waren jedoch nicht gegen den Streik an sich, sie waren nur dafür, daß die Aktion einheitlich durchgeführt würde.

Hinter diesen Forderungen stehen nunmehr geschlossen mit ihrer ganzen Macht

die gesamten Kalibergarbeiter Deutschlands.

Zur sofortigen Ueberbringung dieses Ultimatums an die Reichsregierung wurde eine Kommission gewählt, die sich aus Vertretern aller Kalireviere zusammensetzt. Weiterhin soll diese Kommission gemeinsam mit dem Bezirksbergarbeiterrat Halle arbeiten.

Im Verlaufe der Konferenz zeigte sich immer und immer wieder, daß die Verbandsleiter des Bergarbeiterverbandes nicht nur in Hannover, sondern auch in den hiesigen Revieren völlig abgewirtschaftet haben. Die vertretenen Zahlstellen erklärten, die Beiträge zu sperren und geschlossen aus dem Verband, der von „Unternehmer- und Kapitalsagenten" geleitet werde, auszutreten.

Ueber die aufgestellten Forderungen ist kein Wort zu verlieren, sie sind durchaus berechtigt und können als sehr mäßig bezeichnet werden. Aber die Regierung und der Verein der Kali-Interessenten rühren sich nicht. Auf die am 20. Juli übersandten Hannoverschen Forderungen ist bis heute keine Antwort erfolgt. Aber die Regierung sollte den Bogen nicht überspannen, denn die Kaliarbeiter Deutschlands sind entschlossen, den Kampf durchzuführen.

Vom Kampf zwischen Kapitalismus und Proletariat.

Aus Düsseldorf wird gemeldet, daß die Mannesmann-Werke 3 Mitglieder des Arbeiterrates entlassen haben. Die Arbeiterschaft erklärte sich mit ihren Vertrauensleuten solidarisch und trat in den Ausstand. Es streiten etwa 5000 Arbeiter. Die gesamten Mannesmann-Werke liegen still. Die Generaldirektion veröffentlicht einen Anschlag, worin angekündigt wird, daß die Streikenden entlassen werden, falls sie bis Anfang nächster Woche die Arbeit nicht wieder aufnehmen.

•

Berlin, 26. Juli. (W. T. B.) Zur Beilegung des Streiks bei den Siemens-Firmen haben heute Verhandlungen vor dem Hauptausschusse im Vorsighause stattgefunden, die nicht zur Einigung führten. Infolgedessen sollen Montag nachmittag unter einem unparteiischen Vorsitzenden die Verhandlung vor dem Schlichtungsausschuß fortgesetzt werden.

•

Der Streik in den oberschlesischen Lichtwerken Chorzow und Zaborze wurde abgebrochen, doch schweben wegen der Forderungen der Arbeiterschaft noch Verhandlungen beim Arbeitsministerium in Berlin.

•

In England haben die Verhandlungen zwischen dem Vollzugsausschuß der Bergleute und der Regierung zu dem Ergebnis geführt, daß der Streik über die Geding-Arbeitslöhne auf Grund der von der Regierung vorgeschlagenen Formel beigelegt worden ist.

Braunschweig in Deutschland voran. Wie aus Braunschweig berichtet wird, hat der Braunschweigische Landtag einen Gesetzentwurf über teilweise Begnadigung der wegen politischer Straftaten seit dem 20. November vorigen Jahres von Zivil- und Militärgerichten verurteilten Personen nach den Vorlagen des Rechtsausschusses angenommen. — Damit hat Braunschweig für sein Gebiet die Forderungen erfüllt, die unsere Partei vergeblich seit Monaten für das ganze Deutsche Reich im Interesse elementarster Menschlichkeit fordert. Tausende und abertausende politischer „Verbrecher der Revolution" schmachten heute in Banden, doch die Reichsregierung und die reaktionären Parteien in der Nationalversammlung denken gar nicht daran, diesen Unglücklichen endlich ihre Freiheit wiederzugeben.

Neuwahlen in Frankreich.

In der Kammer hat Unterstaatssekretär Jeannet bekanntgegeben, daß die Wahlen an folgenden Zeitpunkten erfolgen können: Die Kammerwahlen am 12. Oktober, die ergänzenden Legislativwahlen am 30. November, die Munizipalwahlen am 19. Oktober, die Arrondissementswahlen am 2. und 9. November, die Wahlen für die Wahlmänner zu den Staatswahlen am 16. November, die Senatswahlen am 23. November. Humanité befürchtet, daß Clemenceau einen geschlossenen Block aller Parteien gegen den Sozialismus herstellen und mit ihm die Wahlen gegen den Sozialismus führen werde. Das Blatt erklärt, daß das Proletariat in einigen Wochen den Wahlkampf unter sehr schwierigen Bedingungen aufnehmen müsse. Die sozialistische Partei werde allein gegen die Koalition der gesamten bürgerlichen Parteien ihre Fahne voranragen müssen. Cachin beschwört die sozialistischen Parteimitglieder, einig zu bleiben und mehr denn je gegenseitig Vertrauen zu haben, so sehr auch die Tendenzen innerhalb der Partei auseinanderlaufen mögen.

Deutsche Nationalversammlung.

Weimar. 67. Sitzung vom 26. Juli, 9½ Uhr.

Vor Eintritt in die Tagesordnung macht der Präsident Mitteilung von folgendem Antrag Löbe, wonach die Beratung des Entwurfs über den Staatsgerichtshof mit der großen politischen Debatte verbunden werden soll. Ferner sollen die Rede Erzbergers vom Freitag und des Ministers Müller vom Mittwoch auf Reichskosten im Volke verbreitet werden. Außerdem sollen alle Protokolle der vertraulichen Sitzungen des Haushaltsausschusses des früheren Reichstags, sowie die der Regierung gesammtgewordenen Dokumente über Entstehung und Fortführung des Krieges veröffentlicht werden.

Abg. Löbe (Soz.): Für unsere Fraktion sind diese Enthüllungen eine große und schmerzliche Ueberraschung gewesen. Die Beratung des Staatsgerichtshofes kann allerdings jetzt nur erfolgen, wenn kein Mitglied widerspricht. Durch die Veröffentlichung der Rede des Ministers Müller soll der ganzen Welt offenbar werden der Bruch mit der Politik, die uns durch die gestrigen Enthüllungen bekannt geworden ist. Damit wollen wir nur den ersten Schritt tun, zu dem wir verpflichtet zu sein glauben im Interesse unseres unglücklichen, frivol geopferten Volkes. (Beifall.)

Abg. Schultz-Bromberg (Dn.) erhebt im Namen seiner Fraktion Widerspruch. (Große Unruhe links. Zurufe b. d. Soz.: Feigheit!) Wenn schon eine Veröffentlichung stattfinden solle, so würde er beantragen, auch die Rede des Herrn v. Gräfe zu veröffentlichen. (Gelächter und Zurufe b. d. Soz.: Sie haben ja Geld genug gemacht im Kriege, machen Sie es doch selbst!)

Abg. Dr. Heinze (D. Vp.): Wir erheben Widerspruch gegen die Verbindung der Beratung des Staatsgerichtshofes mit dieser Debatte.

Abg. Löbe (Soz.): Infolge des Widerspruchs ist geschäftsordnungsmäßig die Beratung des Staatsgerichtshofes nicht möglich. Die Feststellung genügt uns. (Beifall.)

Nunmehr wird die Beratung über die Regierungserklärungen fortgesetzt.

Abg. Dr. Hugo (D. Vp.): Durch den Ueberfall mit irgendwelchen Enthüllungen wird ein Schaden im Volk angerichtet, der eine Wüste daraus macht. (Gr. Unruhe links, die lange Zeit andauert.) Setzen wir doch einen objektiven Ausschuß ein, bestehend aus Historikern, unter einem publizistisch geschulten Juristen, aber keinen parlamentarischen Untersuchungsausschuß und keinen Staatsgerichtshof. Erzberger hat früher über den U-Boot-Krieg anders gedacht. Selbst Sozialdemokraten wie der jetzige Minister Dr. David und der Vorwärts vom Februar 1917 glaubten an die Wirkung des U-Boot-Krieges, und die militärische Hilfe Amerikas schätzte der Militärkritiker des Vorwärts gering ein. Das alte System war so gut und schlecht wie das neue, und wenn der alte Reichstag verstanden hätte, hätte er eine Macht gehabt, die kein Kaiser in Deutschland ihm hätte entreißen können. Gerade die Politik der Völkerversöhnung hat zu katastrophalen Enttäuschungen geführt. Der Sozialismus verschuldete auch den Zusammenbruch unseres Heeres. Weltgeschichte macht man nicht mit Mehrheitsbeschlüssen. Der liberale Gedanke muß wieder zur Geltung kommen. (Lebh. Beifall b. d. D. Vp.)

Abg. Haase (U. S.):

Haase begann seine eindrucksvolle Rede mit der Frage an Erzberger, weshalb dieser gerade jetzt die Attacke gegen die Kriegshetzer und Kriegsverlängerer unternommen habe, warum er, der doch schon lange die wahren Schuldigen gekannt, nicht schon früher sein Wissen der Oeffentlichkeit mitgeteilt habe. Wenn Gräfe behauptet, die Revolutionsregierung habe den Waffenstillstand herbeigeführt, so sei dies eine bewußte Fälschung. Bereits im Sommer 1918 habe die deutsche Heeresleitung zu einem baldigen Kriegsschluß gedrängt, und er und seine Freunde hätten im Reichstag schon seit 1916 genau dasselbe gesagt, wie gestern Erzberger. Aber man hat uns dafür als Landesverräter beschimpft, ehrloser Gesinnung bezichtigt und die Arbeiter, die durch den Massenstreik im Januar 1918 den Frieden erzwingen wollten, mit Zuchthaus und Gefängnis, mit Schutzhaft und Schützengraben bestraft.

Haase streift dann die Besprechungen, die der Annahme der Friedensbedingungen vorausgingen. Die Unabhängige Sozialdemokratie war die einzige Partei, die von vornherein erklärte, daß es unmöglich sei, die von der Mehrheit der Nationalversammlung geforderten Vorbehalte durchzusetzen. Die bürgerlichen Parteien aber, die in der Oeffentlichkeit sich für die Ablehnung aussprachen, atmeten befreit auf, als ihnen bei der Besprechung ein Minister bewies, daß die Regierung durch den Beschluß der Nationalversammlung ermächtigt sei, den Frieden zu unterzeichnen, auch wenn die Vorbehalte nicht Berücksichtigung fänden.

Gestern habe endlich auch der Minister des Auswärtigen Müller die von uns stets betonte Bedeutung der Ostfragen anerkannt, sowie die Notwendigkeit guter Beziehungen mit dem Osten und Westen; die Regierung habe in Wirklichkeit, wie Haase nachwies, nicht entfernt nach diesem Programm gearbeitet. Die verbotene Anwerbung von Truppen für das Baltikum werde munter fortgesetzt. Ausführliche Namen und Adressen, von wo die Anwerbungen ausgehen, teilte Haase dem aufmerksam zuhörenden Hause mit. Der Reichskommissar Winnig fühlt sich ganz und gar als Vertreter der Interessen der baltischen Barone, denen deutsche Truppen helfen sollen, seitdem Arbeiter und Bauern weiter zu unterdrücken. Wenn früher deutsche Fürsten ihre Landeskinder als Soldaten an fremde Staaten verkauften, erregte das die Verachtung der ganzen Welt, aber Herr Noske betrachtet es als selbstverständlich, solche Truppen ins Baltikum zu schicken. Die russische Republik hat im Februar d. J. erklärt, daß sie an trügerische Verwicklungen nicht denke, sondern die diplomatischen Beziehungen mit der deutschen Regierung wieder anknüpfen wolle. Die Antwort der deutschen Regierung aber besteht darin, daß sie das Mitglied der Sowjetregierung Radek im Gefängnis hält und es in Ketten schlägt, und jetzt Axelrod in München zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilen läßt.

Dringend fordert Haase die Auflösung der Freiwilligenkorps, um den Friedensvertrag rasch zu erfüllen und das deutsche Volk von den Ausgaben für dieses Heer, die noch ebenso hoch sind, wie zu Kriegszeiten, zu befreien. Daß Herr Noske nichts unternimmt gegen die Offiziere, die sich gegen die Regierung auflehnen, wundert niemand. Ist er selbst doch der Gefangene des Militärs, und deshalb wagt er es nicht, gegen Uebergriffe der Truppen wie ihrer Offiziere einzuschreiten. Er hat mißliebige Zeitungen unterdrückt. Rote Fahne, Freie Welt waren und sind zum Teil noch verboten. Blätter, deren Richtung den Kommandos nicht gefällt, werden zu lesen verboten; so in Westfalen und Schlesien die Freiheit! Der Belagerungszustand wird aufrechterhalten. Die Schutzhaft wurde verhängt über Fräulein Jacob, weil sie eine Freundin ist von Rosa Luxemburg und deren „Hetzereien" unterstützt habe. Ebenso wird Dr. Ernst Meyer dauernd in Schutzhaft gehalten. Zustände herrschen in unseren Gefängnissen, die an die Schilderungen aus dem zaristischen Rußland erinnern! Die Gefangenen verhungern! Und die Regierung sieht untätig zu.

Der Minister Bauer erklärte gestern, Streiks seien eine ein für allemal abgetane Sache. Streiks seien gleichzusetzen unblutigen Putschen, denn beide werde der Arbeiter nicht mehr ausgebeutet. Die Arbeiter streiken nur aus Arbeitsunlust oder weil sie verhetzt seien. So spricht der ehemalige Gewerkschaftsführer Bauer. Haase wahrt energisch das Recht der Arbeiter auf Streiks als ein Mittel, berechtigte Forderungen durchzusetzen. Mit dem Arbeitszwang, den Bauer einzuführen in Aussicht gestellt, beruht sich dieser mit Unrecht auf das Beispiel von Rußland und Ungarn. Wo der Kapitalismus beseitigt ist, kann die Arbeitspflicht eingeführt werden; aber solange der Kapitalismus besteht, ist jeder Arbeitszwang ein Verbrechen. In allen Ländern flammen die Massenstreiks auf; kein Befehl kann diese Vulkane zum Verlöschen bringen. Auch wir wünschen nicht, daß die Arbeiter im Streik ihre Kraft nutzlos verpuffen, sondern sie aufsparen, damit sie eines Tages ausholen können zum großen politischen Streik. Denn ohne Diktatur des Proletariats, die eine notwendige Zwischenherrschaft bedeutet, ist der Sieg des Sozialismus unmöglich.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262191907 28-12/fragment/page=0002

Immer größer wird die Enttäuschung der Arbeiter über die jetzige Regierung, die die Vorkämpfer der Revolution zu Tausenden in Gefängnissen schmachten läßt. Wir fordern ihre Freilassung. Herr Noske aber verbietet die Demonstration für die Internationale. Das Maß ist voll! (Beifall b. d. U. S.)

Wehrminister Noske: Die antisemitische Hetze schätze ich als sehr gefährlich ein. Wo sich eine Handhabe bietet, wird zugepackt werden. Alle Truppenführer sind angewiesen, der antisemitischen Propaganda und Pogromhetze entgegenzuwirken. Wenn die deutschen Arbeiter die Früchte der Revolution noch nicht ernten, so ist das dem ekelhaften Bruderkrieg in der Arbeiterschaft zu danken, der von Haase und seinen Freunden geschürt wird. (Abg. Haase: Sie sind der Hauptschürer!) Große soziale Reformen werden ja gerade durch die Leute um Haase dauernd sabotiert. (Abg. Haase: Sie wissen ja, daß das nicht wahr ist!) Am vorigen Montag ist den Leuten in Berlin vorgedreht worden, sie nähmen an einer Kundgebung des internationalen Proletariats gegen den harten Frieden teil. In Wirklichkeit haben die Franzosen, Engländer, Italiener und Schweizer den Streik abgelehnt, und die Italiener haben in ihrem Manifest gesagt, der einzige wirksame Protest gegen den Frieden bestehe nicht im Streik, sondern in der Arbeit. Davon haben die Freunde Haases den Arbeitern nichts mitgeteilt. Deutschland bedarf der intensivsten Arbeit, aber was kümmert das die Leute, die mit dem Schicksal des deutschen Volkes und der Arbeiter Schindluder treiben? Schimpffreiheit und Lügenfreiheit hat noch niemals in der Welt als Preßfreiheit gegolten. (Großer Lärm b. d. Unabhängigen. Glocke des Präsidenten, der durch den stürmischen Widerspruch auf der äußersten Linken lange Zeit nicht durchdringen kann.) Den Belagerungszustand im Industriegebiet halten wir nicht zum Vergnügen aufrecht, sondern weil die Gesolgschaft der Haase und Zietz schamlosen Terrorismus mit Handgranaten, Maschinengewehren und Pistolen ausübten. Die Zahl der Verhaftungen ist außerordentlich übertrieben. Diese Leute auf das deutsche Wirtschaftsleben wieder loszulassen, erschien mir absolut unverantwortlich. Das Schicksal unseres Landes und Volkes stelle ich höher als allen Sektakel, den Sie hier aufführen. Wenn Ihre Leute Massenmorde begehen und niederträchtige Morde, wie an Klüber und Neuring, dann bringt das Organ Haases auch nicht ein Wort. (Stürmischer Protest b. d. U. S.) Den Berliner Lesern der Freiheit ist alles unterschlagen, was dort an Verlogenheit und Gemeinheit sich abgespielt hat. Sie achten auch die Versammlungsfreiheit der anderen nicht. Wie kann die Regierung sich Leute auf den Berliner Straßen austoben lassen, die die geschlossenen Versammlungen anderer stören und in ihnen wie die Vandalen hausen? Ausschreitungen der Soldaten beklage ich auch. Sie (zu den U. S.) haben viel Schlimmeres begangen. Auch über die Vorgänge in Hamburg hat die unabhängige Presse, deren Verlogenheit doch nachgerade genügend bekannt ist, falsche Nachrichten gebracht. (Tosender Lärm b. d. Unabhängigen. Rufe: Verbrecher! Glatte Frechheit! wiederholen sich, namentlich der Abg. Seeger setzt dauernd die Zurufe fort.) Wie können Sie solchen Lärm gegen meine einwandfreien Feststellungen machen? (Brausender Protest b. d. U. S. Rufe: Freche Beleidigung! Abg. Seeger ruft: Die Rede lassen wir hoch anschlagen! Gr. Heiterkeit.) Eine Truppe darf kein politischer Diskutierklub werden, nicht einmal eine Truppe, die Haase aufstellen würde, wenn er mich eines Tages gestürzt hat. (Gr. Heiterheit.) Getreu dem Friedensvertrage werden wir die Truppe reduzieren. Allmählich wird die Truppe unter guter Leitung das Maß von Ruhe, Ordnung und Sicherheit uns verbürgen, ohne das wir nicht leben können. (Lebh. Beifall.)

Um 1¾ Uhr wird die Beratung auf 4 Uhr vertagt.

Nachmittagssitzung.

In der Nachmittagssitzung sagte zunächst der bayerische Bauernbündler Eisenberger der Rechten einige mit bajuvarischem Humor gewürzte Wahrheiten. Der Deutschhannoveraner Langwost will für sein selbständiges Hannover sogar seinen Kopf auf den Richtblock legen. Der Scheinsozialist Wels eröffnete dann den Reigen der zweiten Nedner garnitur. Er begeichnete die Erzbergerschen Enthüllungen als die beste „Rechtfertigung" der von seiner Partei eingeschlagenen Kriegs- und Friedenspolitik.

In einer persönlichen Bemerkung bestritt Haase, sich einer Kenntnis der Geheimnote gerühmt zu haben. Er stellte das als bewußte Ehrabschneiderei fest. Wels erklärte, daß seine Partei auch Ebert, erst durch die gestrigen Mitteilungen Erzbergers Kenntnis von dem Friedensangebot des Vatikans erhalten habe. Er warf Haase bewußte Unwahrheit vor. Mit zwei Ordnungsrufen an die beiden Streiter schloß die Sitzung. Am Montag geht die Aussprache weiter.

Aus der Provinz.

Frauenkonferenz der Unabhängigen Sozialdemokratie, Bezirk Halle.

Auf Beschluß des Bezirksparteitages ist eine Frauenkonferenz unseres Bezirks vorbereitet worden. Wie schon kurz mitgeteilt wurde, soll diese Konferenz am

Sonntag, den 17. August,

vormittags 8½ Uhr, im Volkspark zu Halle stattfinden. Dazu wird vorgeschlagen als

vorläufige Tagesordnung:

1. Unsere Werbearbeit. (Rednerin: Genossin Zietz, Mitglied der National-Versammlung.)
2. Ausbau und Verbreitung der Frauenzeitung: Die Kämpferin".

Die Genossinnen werden aufgefordert, zu der Konferenz in den Parteiversammlungen der Ortsvereine oder Distrikte Stellung zu nehmen. Da eine besondere Delegationsform nicht festgelegt werden kann, so ist es möglich, alle die Genossinnen zur Konferenz zu schicken, die sich in den Orten rednerisch, agitatorisch oder in der Kleinarbeit betätigt haben. Die Kostenfrage haben die Kreisvereine zu regeln. Wir erwarten aus den Kreisen der tätigen Frauen eine starke Beschickung der Konferenz.

Die Bezirksleitung.

An die Parteivereine im Wahlkreise Torgau-Liebenwerda!

Der letzte Kreistag in Falkenberg konnte infolge der mangelhaften Einsendung der Fragebogen die Zahl der im Kreise bestehenden Parteivereine der U. S. P. nicht genau feststellen. In der letzten Zeit sind wiederholt Anfragen an die Kreisleitung gerichtet worden, um in der Agitation die in der Nähe liegenden Brudervereine zur gegenseitigen Unterstützung heranzuziehen. Der Kreisleitung sind bisher folgende 33 Parteivereine gemeldet und angeschlossen: Annaburg, Altenau, Arzberg, Belgern, Blumberg, Bockwitz, Cosdorf, Dommitzsch, Domsdorf, Elsterwerda, Fichtenberg, Gorden, Großthiemig, Großtreben, Grünewalde, Haida, Hohenleipisch, Kranya, Krauschütz, Kleinleipisch, Lichtenburg, Liebenwerda, Mückenberg, Mühlberg, Naundorf bei Lauchhammer, Naundorf bei Annaburg, Neu-Burxdorf, Ortrand, Pfessa, Prösen, Schildau, Torgau und Sitzenroda. Sollten weitere Ortsvereine sich noch als U. S. P. bezeichnen, so ist darauf hinzuweisen, daß sie noch nicht gemeldet sind. Ueber die Mitgliederzahl konnten genaue Feststellungen noch nicht gemacht werden, da täglich Neuanmeldungen und Uebertritte zur U. S. P. erfolgen. In nächster Zeit soll durch Fragebogen an alle Ortsvereine die genaue Zahl der Mitglieder, auch der weiblichen, festgestellt werden. Wir bitten deshalb die Ortsleitungen, sich darauf vorzubereiten. Die neuen Beitragsmarken zu 15 Pf. und 5 Pf. werden, sobald die Drucklegung erfolgt ist, den Vereinen zugesandt. Es steht zu erwarten, daß die Einführung der neuen Wochenbeitragsmarken ab 1. September erfolgt. Bis dahin sind für alle Mitglieder die 10-Pfennig-Marken noch zu benutzen. Ein größerer Posten Mitgliedsbücher ist bestellt und gehen diese dann den Vereinen auf Anforderungen prompt zu. Bei der großen Ausbreitung unserer Bewegung wird ersucht, der Kreisleitung alle größeren Parteibewegungen innerhalb des Kreises sofort zu melden. Der Rednermangel ist groß. Bei der schlechten Bahnverbindung wird es stets praktisch sein, einige Versammlungen zusammenzuziehen und sich mit Nachbarvereinen vorher zu verständigen. Durch den Kreiskassierer geben den Ortsvereinen Fondsmarken vom Bezirks-Arbeiterrat zu. Es wird ersucht, diese Zehnpfennig- und Dreißigpfennig-Marken durch die Unterkassierer oder sonstige Genossen verteilen zu lassen. Von dem Erlös erhält der Kreis 50% zur Anlegung eines eigenen Fonds für spätere Einrichtungen. Die Ortsvereine können 10% den Unterkassierern für diese Fondsmarken als Entschädigung gewähren und den Betrag hier gesondert und nicht durch die Abrechnung, an die Kreiskasse mit einreichen.

Die Genossen werden aufgefordert, sich für die weitere Ausbreitung unserer Bewegung, namentlich in den finsteren Ecken mit zu verwenden, um überall vorwärts zu bringen. Die Ortsleitungen dagegen haben ihre ganze Kraft für die innere Ausgestaltung und Festigung, auch für den Ausbau des Kassenwesens, einzusetzen. Eine gute Organisation ist die Grundlage weiterer Fortschritte.

Wie Agrarier zum Streik treiben.

Am 16. Juli tagte in Oschersleben eine Sitzung der Kriegsarbeitsgemeinschaft ländlicher Unternehmer und Arbeiter, die sich mit der Regelung der Löhne und der Arbeitsverhältnisse befaßte. Am 4. März war im Kreise ein Lohntarif abgeschlossen worden. Die Arbeiter forderten Erhöhung der Löhne und Bezüge, da die Lebensverhältnisse sich infolge der Teuerung weiter verschlechtert haben und einzelne einsichtige Unternehmer bereits mehr zahlen. Die zur Schlichtung angerufene Provinzialarbeitsgemeinschaft erklärte den Tarif vom 4. März für aufgehoben, erkannte die Forderungen der Arbeiter an und verwies die Angelegenheit zur Regelung in diesem Sinne zurück an die Kreisarbeitsgemeinschaft. Die Unternehmer lehnten jedoch diesen Spruch der Provinzialarbeitsgemeinschaft ab und erklärten offen,

„daß dieser Beschluß für sie nicht bindend sei. Es wäre ihnen gleichgültig, ob sich hierdurch Landarbeiterstreiks entwickeln und ob die Ernte geborgen würde oder nicht."

Diese vom Geiste des Pommerschen Landbundes verseuchten Dickschädel wollen es offenbar auf eine Machtprobe ankommen lassen. Sie versuchen, alle auf dem Lande wohnenden kleinen Existenzen, wie Fuhrwerksbesitzer, Schmiede, Stellmacher, Bäcker usw. in den Arbeitgeberbund hineinzulocken. Wenn es zum Streik kommt, soll man den Streikenden die notwendigen Fuhren und Reparaturen verweigern und ihnen kein Brot mehr backen. Man sieht hieraus, wie die Herren Agrarier wohl die eben erst bewilligten höheren Preise für ihre Erzeugnisse gern einsteden, wie sie aber den Arbeitern jede Verbesserung ihrer Lage verwehren. Sie pfeifen dabei auf die Entscheidungen der Arbeitsgemeinschaften. Ihnen ist es gleich, ob die Ernte geborgen wird. Sie wissen leider nur zu genau, daß sie diesen brutalen Standpunkt vertreten können. Greifen die Arbeiter zur Waffe des Streiks, dann holt man die Noske-Jungens und schlägt den Streik einfach nieder. Natürlich ist der Streik dann wieder eine Folge kommunistischer und unabhängiger Hetze.

Eisleben. Pfaffenfrechheit. Die Kriegsgefangenenfürsorgestelle hatte für Donnerstag nachmittag eine öffentliche Versammlung anberaumt. Diese Gelegenheit benutzte der Pastor Kramm zu einem Angriff auf die Unabhängige Sozialdemokratische Partei. Sie sei schuld an dem Deutschland aufgedrungenen Frieden und daran, daß die Gefangenen noch nicht ausgeliefert worden seien. Wir bemühen uns nicht, diesem Mann zu widerlegen, aber gerade sein Geschimpfe belehrte auch die wenigen Anwesenden, wie es mit dem Geist der Kirche, dieser überflüssigen Institution, steht. Dieser politische Pastor Kramm, der zwar noch kein Jahr in Eisleben ist, hat bei seinem schweren Einkommen ohne Arbeit soviel Zeit, daß er seine Pfaffennase überall hinsteckt. Für seine jetzige Dreistigkeit soll er seine Cautitung schon erhalten.

Thondorf. Sind das Genossen? Eine eigenartige Anschauung von Solidarität haben der Bergmann R. und der Bergmann, zugleich aber auch Gemeindevertreter der U. S. P., St. bewiesen. Während die hiesige Bergarbeiterschaft den 21. Juli durch Arbeitsruhe gefeiert hat, sind R. und St. zwar auch dem Schachte ferngeblieben, haben aber den ganzen Tag bei dem Gutsbesitzer Laute hierselbst landwirtschaftliche Arbeit verrichtet. Ueber solche unehrliche Handlungsweise sind die hiesigen Genossen sehr erbittert!

Braunsdorf. „Zielbewußte Kollegen." Am 3. April dieses Jahres erzwang die Belegschaft der Grube Pännerhall durch Streik die Entfernung des Direktors Trautwein, welcher während des Krieges die Arbeiterschaft mit dem Schichtenarbeit genglum brangsaliert hatte. Selbst mit Maschinengewehren hat diese Stütze des Kapitals den um ihr Recht und würdigere Behandlung kämpfenden Kollegen gedroht. Als größter Agitator für die Absetzung trat im April der Genosse August Täntzer in Braunsdorf auf. Heute steht er auf dem entgegengesetzten Standpunkt und verlangt die Wiedereinsetzung des im Geiseltal sattsam berühmten Herrn Trautwein. Diese Haltung kann nur so verstanden werden, daß Täntzer vielleicht ein hübsches Pöstchen versprochen, außerdem vielleicht ein paar Tränentüchlein in Gestalt von Banknoten in die Hand gedrückt wurden. Zur Erreichung seines Zieles bedient er sich der Kollegen, welche im April bei der Abstimmung resp. dem Streik noch nicht zugegen waren, also den Direktor Trautwein nicht kennen. Arbeiter, Kollegen von Braunsdorf, macht die Augen auf, laßt euch nicht von Postenjägern ins Bockshorn jagen! Bleibt eurem einmal gefaßten Beschluß vom April treu. Unterstützt nicht Kollegen, welche schon früher Anordnungen von Meistern zu ihren eigenen gemacht und sich damit bei dem Direktor Trautwein hervorgetan haben, welche schon früher systematisch Kollegen verklatscht haben. Es ist Verrat im Spiele! Der Kollege Täntzer hat das Vertrauen seiner Kollegen aufs schwerste mißbraucht. Die vom Kollegen Täntzer mitunterzeichnete Liste trägt außer den Namen fremder, die Verhältnisse in Braunsdorf nicht kennender Arbeiter folgende Namen: Paul Klein, August Karl, Huldeward Koldis, Otto Hedel, Erich Martin, Reinhold Müller, Gustav Frauendorf, Richard Kahl, Otto Michel, Richard Störer und verschiedene andere „überzeugte" Sozialisten.

Leimbach. Stadtverordnetensitzung. Zuerst fand die Einführung der neugewählten Magistratsmitglieder, der Genossen Goldammer, Fricke, Rüßel und Martin, sowie des Stadtverordneten Wernicke statt. In den Begrüßungs- und Erwiderungsansprachen zeigte sich der ernste Wille gemeinsam zum Wohle der Stadt zu arbeiten. Die Sitzung nimmt davon Kenntnis, daß Herr Kantor Martin das Amt als Waisenrat übernommen hat. Ein Antrag auf nachweise Ueberlassung des städtischen Gartengrundstücks an der Alausstraße (Schule), wird dadurch erledigt, daß der Garten meistbietend vergeben werden soll. In nichtöffentlicher Sitzung wurde über eine Titelverleihung, Steuererlasse und anderes verhandelt.

Zörbig. Der 21. Juli. Der internationale Protest wurde auch in unserem Städtchen auf Beschluß des Vereins der U. S. P. und des Gewerkschaftskartells durch vollständige Arbeitsruhe eingeleitet. Wo noch wegen ungenügender Bekanntmachung des Beschlusses gearbeitet wurde, wurde nachträglich veranlaßt, daß die Arbeit eingestellt wurde. In der glänzend besuchten Demonstrationsversammlung im Schloßgarten sprach Genosse Winter aus Bitterfeld über die Bedeutung des Protestes für die deutsche Arbeiterschaft. Nur durch einmütiges, geschlossenes Handeln kann für das Proletariat etwas erreicht werden. Jeder sollte sich daran beteiligen, damit die Hauptforderung, das Rätesystem und die Diktatur des Proletariats durchgesetzt werden. Reicher Beifall lohnte diese Ausführungen. Unter den Klängen des Sozialistenmarsches formierten sich die Versammelten zum Umzug durch die Stadt. Den Kapitalisten wird der Gefalg der Arbeiterschaft noch lange schwer in den Gliedern liegen!

Pouch. Freche Anmaßung. Während vor dem Kriege das Pflücken der Beeren in den staatlichen Forsten nur gegen bezahlten Beerenschein gestattet war, ist es in diesem Jahre gänzlich frei und kostenlos. Anders scheint hier der gräfliche Förster Jentsch zu denken. Als am Sonntag zwei Kinder hiesiger Einwohner ebensalls beim Beerenpflücken waren und ihren Topf ziemlich voll hatten, kam Herr Jentsch, ließ die Beeren ausschütten, und zertrat sie mit den Füßen. Es gehört doch, um es ganz gelinde zu sagen, eine große Frechheit dazu, die mühsam gesammelten Früchte den Kindern wegzunehmen, nur um sie zu zertrampeln. Hieraus ersieht man, wie zweckmäßig es ist, daß die großen Wälder zum Besten der Allgemeinheit enteignet werden. Dieser Förster ist derselbe Herr, der bei der Nationalwahl die Flugblätter drucken ließ mit der Aufschrift: „Wählt Raute — Spartakus — Unabhängige Liebknecht-Partei". Vor der Wahl konnten die Einwohner unentgeltlich Holz aus dem Wald holen. Nachdem aber 545 sozialdemokratische von 762 Stimmen abgegeben wurden, scheint seine Wut sich auf diese liebliche Weise auszutoben!

Wittenberg. Die Lebensmittelversorgung Kreise. Von Dienstag, den 29. Juli, an auf Marken H. B. 48 und N. B. 40 ½ Pfund Brotaufstrich zum Preise von 65 Pf.; von Mittwoch an auf Marken H. B. 44 und N. B. 41 ½ Pfund Auslandsweizenmehl zum Preise von 44 Pf.; von Donnerstag an auf Marken H. B. 46 und N. B. 43 und N. B. 42 ½ Pfund Haferfabrikate zum Preise von 45 Pf.; von Freitag, den 1. August, an auf Marken H. B. 46 und N. B. 43 einen Hering zum Preise von 80 oder 90 Pf., je nach Größe; am Sonnabend auf Marken H. B. 47 und N. B. 44 Schmalz oder Margarine auf die Speisefettmarke Nr. 4, gültig vom 27. Juli bis 2. August. Der Verkauf von Butter erfolgt in der Stadt Wittenberg auf Lebensmittelkontrollbuch unter Abgabe der vorstehend genannten Marken, in den übrigen Städten und Gemeinden des Kreises auf die Markenkarten des Kreises für Versorgungsberechtigte.

Schmiedeberg. Ein rechtssozialistischer Stadtverordneter als Schieber. Seit langem ist man hier großen Fleisch- und Lebensmittelschiebungen auf der Spur. Sogar der Landrat sah sich genötigt, einen zweiten Gendarmen hierher zu beordern. Rinder, Schafe und Schweine sollen schwarz geschlachtet und nach auswärts verschoben worden sein. Dieser Tage ist man nun den Schiebern auf die Spur gekommen. Und unter ihnen befindet sich dieser rühmlich bekannte rechtssozialistische Ordnungsstütze, der Stadtverordnete Lehmann. Man faßte ihn bei dem Verschieben von 116 Pfund Schweinefleisch. Dabei zeigte er sich so erbärmlich, daß er wohl bei jedem anständig denkenden Menschen ausgespielt haben wird. Der arme Schächter hatte den traurigen Mut zu erklären, wenn man ihm einen Teil des Fleisches überlasse, dann wolle er seine Kumpane denunzieren und einen großen Schleichhandel aufdecken. So sieht derselbe Mauldeld aus, der in der Wahlbewegung die Anhänger der U. S. P. als Verräter, Betrüger, Lügner und Faulenzer beschimpfte!

Rüdnitzerg. Die Stadtverordnetensitzung nahm anfangs einen sehr ruhigen Verlauf; erst später bei der Wahl der Steuerkommission platzten die Gemüter heftig zusammen, besgleichen bei der Anfrage unserer Genossen über den Beschluß der Stadtverordneten wegen Auflösung der Einwohnerwehr, der bisher durch den Magistrat noch nicht durchgeführt wurde. An Stelle des fehlenden Bürgermeisters verbürgten die Magistratsmitglieder die amtliche Auflösung dieser heimlich geründeten Prätorianergerde. — In die Gesundheitskommission wurde Dr. Keil gewählt. Die Vorlage zum Bau von Kleiderräume für den Badeplatz wurde an den Magistrat zurückgegeben, da es für dieses Jahr schon etwas zu spät sei. Im Mai nächsten Jahres soll die Anlage bestimmt fertiggestellt sein. Nochmals beraten wurde über die Fortbildungsschulpflicht und beschlossen, daß alle männlichen Jugendlichen bis zum Ende des Schuljahres, an dem sie das 17. Jahr vollendet haben, die Fortbildungsschule zu besuchen haben. Ausgenommen bleiben Schiffer und Fischer, die die Schifferschule zum Zwecke ihrer Weiterbildung benutzen müssen. — In die Steuervereinschätzungskommission wurden die Genossen K. Weiße und G. Namm, als Stellvertreter F. Pöbel und H. Böhler gewählt. Von bürgerlicher Seite die Herren A. R. Richter und K. Weiße. Ein von unserer Genossen eingebrachter Dringlichkeitsantrag wegen Schaffung einer städtischen Volksbibliothek wurde dahin erledigt, daß eine Kommission, bestehend aus den Stadtverordneten Naumann und Teiche, die Vorlage ausarbeiten und recht bald vorlegen soll. Vor allem sollen die Bibliothek des Volksbildungsvereins und die des Gewerkschaftskartells mit einbezogen und durch sozialistische Literatur noch ergänzt werden. Die Dringlichkeit wurde weiter bei einem Antrage der Beleuchtungskommission beschlossen und den Arbeitern im Werk eine Erhöhung ihrer bisherigen schlechten Löhne um monatlich 300 Mk. bewilligt. Die Gemeinde Köttlitz hat nach langem Zögern und Verhandeln sich endlich an unser städtisches Werk anschließen lassen. Die Installationen nehmen in nächster Zeit ihren Anfang.

Fichtenberg. Gemeindepolitik und Arbeiterklasse. Ueber dieses Thema sprach am Mittwoch in einer öffentlichen Volksversammlung Genosse Naumann. Seine interessanten Ausführungen über den Verlauf der sogenannten Revolution und ihre Erfolge für die Arbeiterklasse wurden aufmerksam verfolgt. Besonders wurde die kürzlich stattgefundene Wahl des hiesigen Gemeindevorstehers auf ihre Rechtmäßigkeit untersucht. Bei der Wahl selbst haben Schöffen und der zur Wahl stehende Gemeindevorsteher mitgewählt. Unsere Genossen, welche die Zweidrittel-Mehrheit in der Gemeindevertretung haben, reichten gegen diese eigenartige Wahl Protest beim Landrat ein und ersuchten diesen, die Gültigkeit zu versagen. Durch die neuere Verfügung ist diese Wahl nun zwecklos geworden und muß eine Wahl nach den neueren Bestimmungen nochmals vorgenommen werden, wobei die Schöffen kein Stimmrecht haben. Wir Arbeiter hier müssen uns mehr um die Gemeindeverhältnisse kümmern. Bisher haben es nur einige Bauern gemacht, und wir mußten zusehen, wie die Steuern verteilt wurden und die sonstigen Lasten. Wenn wir nicht selbst fest zugreifen, so werden wir erleben, daß einige Leute die Gemeinde nach ihren Launen und politischen Anschauungen leiten, und die große Mehrheit der Arbeiter wird das Nachsehen haben, wenn es zu spät ist.

Ortrand. Stadtverordnetenversammlung. Die Tagesordnung war sehr reichhaltig. Gegen die ersten drei Punkte: Beantwortungsschreiben des Magistrats auf die Beschlüsse der Stadtverordneten, Niederschrift über die ordentliche Kassenprüfung und Nachweisung über den Stadthauptkassenabschluß 1918, war nichts einzuwenden. Sie wurden zur Kenntnis genommen. Die Wahl der Ausschüsse, die nach der neuen Geschäftsordnung vorgenommen wird, rief eine längere Debatte hervor. Auf Antrag des Stadtv. Hübner wurde Gen. Manig in den Armen- und Wohlfahrtsausschuß neu hinzugewählt. Auch über den nächsten Punkt, Beseitigung des Kontrollrechts des Arbeiterrates über die Stadtverordneten, entspann sich eine Debatte. Es wurde auf die „berüchtigte" ministerielle Verfügung mit der Unterschrift des „Genossen" Heine hingewiesen. Nun, der jetzige Arbeiterrat hat ja „großmütig" auf seine ihm von der Revolutionszeit her zustehenden Rechte verzichtet, sich gewissermaßen selbst beseitigt. Unsere Stellungnahme ist bereits bekannt. Gegen die Stimmen des Genossen Manig und der Stadtvv. Hübner und Herklotz wurde dem Arbeiterrat das Kontrollrecht „entzogen". — Armer Arbeiterrat von Spießbürgers Gnaden! — Der Entschädigungserhöhung für Benutzung der Woegeschen Badeanstalt, Erhöhung der Pauschale für Schulmaterialien und für den Handarbeitsunterricht wurde dem Schulvorstands- und Magistratsvorschlag entsprechend zugestimmt. Da die Entschädigung für Handarbeitsunterricht für die Stunde mit 1,50 Mk. beträgt, wird sie so erhöht, daß die jährliche Entschädigung von 200 Mk. auf 300 Mk. steigt. Dem Grundstückskaufgesuch Opitz wurde unter gewissen Bedingungen zugestimmt. Zwei Gesuche um Straßenbeleuchtung wurden dahingehend behandelt, daß Kostenanschläge einzufordern und der nächsten Sitzung vorzulegen sind. Vom Einstellungsvertrag eines Bureaulehrlings wurde zustimmend Kenntnis genommen. Ein Schreiben des Lebensmittelkontrolleurs Helbig über Kontrolle bei der Fleischverteilung rief eine längere Debatte hervor. Das Magistratsmitglied Vogel erklärte, sich dem Beschlusse des Lebensmittelausschusses zu fügen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219190728-12/fragment/page=0003

Kaffee Wilhelm

Telephon 4555 Leipzigerstrasse 59 Telephon 6588

*1933

Wieder-Eröffnung

Dienstag, den 29. Juli 1919, vormittags 10 Uhr

Amtliche Bekanntmachungen.

Halle.

Der Verkauf von **Haferflocken** beginnt am Dienstag, den 29. Juli 1919. Für jede Person eines Haushaltes kann ½ Pfund Haferflocken abgegeben werden. Der Verkaufspreis beträgt 62 Pf. für das Pfund. Die Käufer sind verpflichtet, die Haferflocken bei denjenigen Verkäufern einzukaufen, bei welchen sie zum Bezug von Kolonialwaren in die Kundenliste eingetragen sind. Der Verkauf erfolgt unter Abtrennung der Marke 369 des Warenbezugsscheines 24.

Städtischer Verkauf von Cornedbeef und Roßfleisch- und Roßwurstkonserven

in der Talamtschule, am Dienstag, den 29. Juli 1919. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 12001 bis 19500 vormittags von 8--12 Uhr und die Inhaber der Nummern 19501--27000 nachmittags von 2 bis 6 Uhr. An Haushalte mit einer Person kann eine Dose Cornedbeef zum Preise von 5— Mk., an Haushalte mit zwei bis vier Personen kann eine Einkilodose Roßfleisch- oder Roßwurstkonserven zum Preise von 11.— Mk. und an weitere vier Personen eines Haushaltes kann noch eine Einkilodose Roßfleisch- oder Roßwurstkonserven zum Preise von 11.— Mk. abgegeben werden.

Für **Frühgemüse** werden folgende Kleinhandelspreise für das Pfund mit sofortiger Wirkung festgesetzt: **Gemüse:** Möhren und Karotten a) mit Kraut (Bahnversand verboten, gebündelt und gewaschen): Erzeugerpreis 20 Pf., Großhandelspreis 30 Pf., Kleinhandelspreis 40 Pf., b) ohne Kraut Erzeugerpreis 8 Pf., Großhandelspreis 13 Pf., Kleinhandelspreis 18 Pf.; Frühkohlrabi mit jungem Laub Erzeugerpreis 12 Pf., Großhandelspreis 19 Pf., Kleinhandelspreis 25 Pf.; Frühweißkohl: Erzeugerpreis 14 Pf., Großhandelspreis 21 Pf., Kleinhandelspreis 30 Pf.; Frühwirsingkohl: Erzeugerpreis 16 Pf., Großhandelspreis 23 Pf., Kleinhandelspreis 32 Pf.

Räucherwarenverkauf.

Der Verkauf findet am Dienstag früh in den einschlägigen bekannten Geschäften markenfrei statt. Es kommen besonders prima fette geräucherte Makrelen und kleine geräucherte Aale, welche in größeren Mengen eintreffen, zum Verkauf. Die Verkaufspreise der einzelnen Sorten sind in den Geschäften deutlich sichtbar angebracht.

Der Verkauf von **Seefischen** findet am Dienstag, den 29. Juli, früh, in den einschlägigen bekannten Geschäften markenfrei statt.

Kohlenversorgung für gewerbliche Verbraucher von mehr als 10 To. im Monat.

Gewerbliche Betriebe, die mehr als 10 To. Kohlen monatlich verbrauchen, haben ihren Bedarf umgehend für den nächsten Monat auf den vorgeschriebenen Meldekarten anzumelden. Für die im Stadtkreis Halle wohnhaften Verbraucher sind die Meldekarten in der Ortskohlenstelle, Marktplatz 22, vorm. von 8½ bis 12½ Uhr abzuholen. Der Preis beträgt 35 Pfennige für 1 Heft zu 4 Karten, 10 Pfennige für 1 Einzelkarte.

Während des Monats August 1919 gelten beim Einkauf kleiner Kohlenmengen von der gelbroten Rechtskohlenkarte (4. Ausgabe) die Nummern 1—8 u. von der für Haushaltungen mit mehr als 7 Personen bereits ausgegebenen braunen Kohlenkarte (3. Ausgabe) die Nummer 1 als vorzugsberechtigt. Die Kleinhändler sind verpflichtet, an ihre Kunden auf jede dieser Nummern ½ Zentner Briketts ohne Rücksicht auf die Versorgung anderer Verbraucher abzugeben, brauchen aber nicht mehr als ½ Zentner auf einmal abzugeben. Die Kleinverbraucher sind verpflichtet, ihren Bedarf bei demjenigen Kleinhändler zu decken, bei dem sie als Kunde angemeldet sind. Die vorzugsweise Abgabe von Briketts auf die noch nicht freigegebenen Nummern ist verboten. Jeder Ankauf oder Verkauf von Kohlen ohne Marken oder Bezugsschein ist verboten.

Ausschreibung.

Die **Lieferung und Anbringung** von **Fußleisten**, sowie **Kellerverschlägen, Keller- und Bodentüren** für die **Kleinwohnungsbauten** auf dem **Roßplatze** soll im Wege der Wettbewerbung vergeben werden. Mit entsprechender Aufschrift versehene Angebote sind bis Donnerstag, den 7. August 1919, vorm. 12 Uhr an das Magistrats-Bureau 1, Hochbau, Zimmer Nr. 106 des Sparkassengebäudes, Rathausstraße 6, II, einzureichen. Die Verdingungs-Unterlagen liegen von 10—1 Uhr, vormittags, im Zimmer Nr. 125 des Hochbauamts, Rathausstraße 6, II, zur Einsicht aus, woselbst auch die Verdingungs-Anschläge, soweit vorrätig, entnommen werden können. Zuschlagsfrist 3 Wochen.

Halle, den 28. Juli 1919.

Städtisches Hochbauamt.

Durch Beschluß der städtischen Körperschaften ist mit Zustimmung der Polizeiverwaltung für die auf dem Gelände des Bauvereins für Kleinwohnungen an der Merseburgerstraße geplante Straße C zwischen Merseburger- und Roßbachstraße sowie für die an die Straße C anschließenden Teilstrecken der Straße H und der Roßbachstraße und zwar insoweit, als auch diese Teilstrecken auf dem Gelände des Bauvereins für Kleinwohnungen liegen, in Abänderung der früheren Feststellung, eine neue Festsetzung der Straßenfluchtlinien erfolgt. Letzteres ist auf Antrag des Bauvereins für Kleinwohnungen geschehen, der inzwischen den abgeänderten Fluchtlinienplan anerkannt hat. Der abgeänderte Fluchtlinienplan wird daher hierdurch förmlich festgestellt; er liegt im Tiefbauamt im Wagegebäude — Zimmer 23 — zur Einsicht aus

Merseburg.

Ausgabe der Milchkarten

für den Monat August 1919 im alten Rathaus in der Burgstraße Nr. 1. Die Ausgabe erfolgt gegen Abgabe der Stammkarten für den Monat Juli am Dienstag, den 29. Juli 1919, von vorm. 7 bis nachm. 2½ Uhr, für die Kunden der Verkaufsstellen: Schwalbe, Burgstr. 14, Müller, Schmidt, Schubert, Burgstraße 16; Mittwoch, den 30. Juli 1919, von vorm. 7 bis nachm. 2½ Uhr, für die Kunden der Verkaufsstellen: Ochse, Prall, Hoffmann, Meißner, Maubrich.

Merseburg, den 26. Juli 1919.

L. A. II 2156/19. **Das städt. Lebensmittelamt.**

Ausgabe von Auslandbutter und Margarine am Sonnabend, den 2. August. Es werden zugeteilt: Auf jede Stadtfettmarke 50 Gramm Auslandbutter zum Preise von 105 Pf. und 100 Gramm Margarine zum Preise von 44 Pf. und auf jede Zusatzfettmarke (mit dem Aufdruck K und G) 50 Gramm Auslandbutter zum Preise von 105 Pf.

Merseburg, den 26. Juli 1919.

L. A. II. 2159/19. **Das städt. Lebensmittelamt.**

Ausgabe von Mager- und Buttermilch

in der Woche vom 28. Juli bis 2. August d. J. in sämtlichen Verkaufsstellen. Es werden an Mager- und Buttermilch zugeteilt auf Feld 29 und 30, soweit diese noch nicht beliefert sind, sowie auf Feld 31 für alle Versorgungsberechtigten ¼ Liter.

Merseburg, den 26. Juli 1919.

L. A. II. 2155/19. **Das städt. Lebensmittelamt.**

Eilenburg.

Wir machen die Geschäftsleute, welchen wir den Verkauf städtischer Waren übertragen haben, nochmals dringend darauf aufmerksam, daß ein Verkauf städtischer Waren vor Bekanntgabe in den Zeitungen oder dem in der Bekanntmachung angegebenen Ausgabetage unterbleiben muß, andernfalls die betreffenden Geschäfte bei Verstoß gegen die Bestimmungen die Entziehung des Verkaufs städtischer Waren zu gewärtigen haben.

Eilenburg, den 24. Juli 1919.

*1937 **Der Magistrat.**

Der Zimmermann **Alfred Winkler** und der Kellner **Richard Herder** von hier sind als **Polizeiwachtmeister** berufen und für dieses Amt in Eid und Pflicht genommen.

Eilenburg, den 25. Juli 1919.

*1937 **Der Magistrat.**

U.T

Alte Promenade 11a.

Wegen ungeheuren Andranges wird der grosse deutsche Prunkfilm

Veritas vincit

bis Donnerstag, den 31. Juli a. c.

verlängert

Vorführungen: 2904
Wochentags um 5 und 8 Uhr.
Sonntags 3.00, 5.45, 8.15 Uhr.

Alle Vorzüge aufgehoben!

U.T

Leipzigerstrasse 88
Fernruf 1224. 2905

Täglich:

Tiefland.

Dramatisches Schauspiel nach der gleichnamigen Oper in 1 Vorspiel und 3 Akten.

Gesangseinlagen, vorgetragen von der **Kammersängerin**

Luise Fladnitzer.

Vorführung 4.30, 6.40, 9.00.

— Dazu weitere Bilder. —

Gummiwaren-Fachgeschäft und Versandhaus 2377
C. Klappenbach,
Gr. Ulrichstraße 41.
Preisliste gratis.

Reparaturen 2376 an
:: **Uhren** ::
übern. bei solider Ausführ. zu normalen Preisen.
Kurt Unger, Uhrmacher, Kl. Klausstr. 18 (dicht am Markt), Gr. Steinstr. 85 gegenüber Barfüßerstr.)

Jeder Mensch
Mann oder Frau, verl. noch heute kostenl. Ueberl. mit Prosp. über bohnbrechend. bog. Art. *1722
Standard-Versand, Stuttgart 14.

Hosen-Träger-Ersatz-Teile
Stück 25 und 40 Pfg.!
Dauerwäsche-Vertrieb
Al. Berlin 2, 1 Treppe rechts, Ecke Sternstraße. 2391

Bettfedern
und fertige Betten auch auf Teilzahlung.
Friedrich Gronau,
2304 Barfüßerstr. 16.

Für Stotternde! Am **Sonnabend, den 2. August,** von 11—1 und 2—7 Uhr, und **Sonntag, den 3. August,** von 10—2 Uhr, findet in **Halle, Hotel Stadt Berlin,** eine Sprechstunde statt, in der Auskunft über mein **neues radikales Heilverfahren** erteilt wird.

Ich bitte alle Leidenden, sich vertrauensvoll an mich zu wenden. In meinen Sprechstunden **wird umsonst Auskunft erteilt, wie Stotternde sich selbst und ohne Berufsstörung von dem lästigen Uebel befreien können.** Das Stottern ist nicht etwa eine Krankheit, sondern beim Stottern handelt es sich um Spasmen, um Muskelkrämpfe, die ein Hindernis des Redeflusses bilden, welche von einer abnormen Funktion der Zentral-Organe, die teils in dem Stocken der Atmung, teils in den Krämpfen der Stimmritze, teils in denen der Muskelorgane sichtbar werden. Der Raum ist hier zu beschränkt, um über die Arten und Entstehungsursachen des Stotterns Näheres zu schreiben.

Früher war ich selbst ein hartnäckiger Stotterer und habe an vielen Kursen in den besten Anstalten, ohne den gewünschten Erfolg, teilgenommen. Habe Tausende für wertlose Kurse ausgegeben. Nach langjährigen Forschungen ist es mir gelungen, eine Methode zu erfinden, womit Stotternde (auch Kinder sich selbst vom Stottern befreien können. Ein auf diesem Gebiete maßgebender Pädagoge schrieb mir: „Ihre Methode müßte einen Ruhmes- und Siegeszug durch die Welt machen" Fast täglich laufen Dankesbriefe von Personen ein, die sich mit Hilfe meiner Methode selbst vom Stottern befreit haben. Praktische Aerzte und Lehrer, die zurzeit selbst Stotternde heilen, sind zuerst von mir von ihrem eigenen Uebel befreit. *1935

Für die Auskunfterteilung ist eine Gebühr von 1 Mark zu entrichten.

Internationale Sprachheil-Anstalt Hannover
Friesenstrasse 23. Dir. Warnecke. Fernsprecher 5371.

Kirschblätter
grün gepflückt, wie sie vom Baume kommen, ohne Zweige und Gras *1768
kaufe jedes Quantum,
auch in kleinen Posten, und zahle p. Ztr. M. 40.— Sendungen per Expreß unfrankiert. Säcke sende sofort d. Eilboten zurück.
G. Lietzmann,
Tabak- u. Zigarrenfabriken,
Osochersleben /Bode.

Fahrräder nur erstklassige :: Fabrikate :: mit **Gummibereifung**
sofort lieferbar. *1613

Nähmaschinen nur erste deutsche — Fabrikate. —
Billigste Preise für allerbeste Waren
ist meine Grundbedingung.
Fritz Schönbrodt, Bitterfeld,
Tel. 284. — **Markt 5.** — Tel. 284.

Alle Parteischriften empf. d. Volksbuchhandlung.

Kreolkrüsen *1522
Dr. Lenz
vermindert
Lenz
3fach stark gewachst
Flasche 2.75 Mark, zur Kur ausreichend, in Apotheken und Drogerien zu haben. Wo nicht erhältlich, schreibe man an Neonharm, Hannover 46.

Auskunft umsonst bei Schwerhörigkeit
Ohrgeräusch, nerv. Ohrschmerz über unsere tausendfach bewährt., patentamtlich geschützten Ohrtrommeln. Neuem und unsichtbar zu tragen. Gläser, Klemmen. Größte **Sanis Versand München 884b.** *1519

Familien-Nachrichten.

Dank.

Zurückgekehrt vom Grabe unseres unvergeßlichen Sohnes

Walter Brade

sagen wir allen denen, welche ihn so reich mit Blumen geschmückt haben, unsern herzlichsten Dank.

In tiefer Trauer:

Familie Brade, Radefeld.

Du lieber Sohn, du bist nicht mehr,
Dein Plätzchen ist bei uns so leer.
Du reichest uns nicht mehr dein Händchen,
Zerrissen ist das Liebesbändchen. *1938

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219190728-12/fragment/page=0004

Halle und Saalkreis.

Halle, den 28. Juli 1919.

Heerschau der Sozialistischen Jugend.

Mit Macht voran und haltet Schritt,
Arbeiterjugend will sie mit?
Wir sind die junge Garde
des Proletariats!

Für Polizeigemüter, die seit jeher auf den Kampf gegen die arbeitende Jugend eingestellt sind, war gestern ein trauriger Tag. Wie hatte man doch in den letzten Kriegsjahren alles Mögliche getan, um dies revolutionäre Gezücht kirre zu kriegen, wie hatte man doch nach und nach alle, derer man habhaft werden konnte, hinter schwedische Gardinen gesetzt — es hat alles nichts genutzt! Gestern vormittag zog das junge Proletariat wieder durch die Straßen Halles, und ihm voran flatterte das rote Banner der sozialen Revolution. Bezirksjugendtag! Es war kein fein eingefädeltes wohlausgeklüttetes Bonzenunternehmen, dieser Revolutionsjugendtag der mitteldeutschen Freien Jugend. Es war eine Heerschau, an der das beste der Kampfesgeist war, der aus allen Veranstaltungen sprach, und die frische Begeisterung dieser unverwüstlichen Jugend, die trotz aller Verfolgungen nicht unterzukriegen war.

Am Abend zu vor hatte es beim Empfang der Jugendlichen auf dem Bahnhof ein kleines Zwischenspiel gegeben. Einer der Nichtstuer mit dem Eichenlaub auf dem Kragen, die dort herumlungern, wollte seine Daseinsberechtigung dadurch beweisen, daß er unsere Genossen mit dem Empfangschild Revolutionäre Sozialistische Jugend aus der Halle verweisen wollte. Das Publikum nahm aber eine derartige Haltung an, daß der Nosket vorzog, zu verschwinden! Aus Leipzig und aus dem Regierungsbezirk Merseburg hatten sich die Jugendlichen eingefunden, um sich am Sonntagmorgen im Volkspark zu sammeln. Der Demonstrationszug, der durch die Straßen der Stadt sich nach dem Hallmarkt bewegte, war der Höhepunkt der ganzen Veranstaltung. Halle hat viele Demonstrationszüge gesehen, und erst am letzten Montag einen von erdrückender Wucht. Aber mit diesem Zuge junger Proletarier hatte es seine eigene Bewandtnis. Wirkte das gesamte Proletariat durch seine Masse, ohne daß am einzelnen eine Besonderheit war, so schwebte über diesen jungen Proletariern ein besonderer Geist, der dem ganzen Zuge eine Frische und eine anziehende Kraft gab, so daß jeder Sozialist froh gestimmt sein mußte, der diese junge Garde der Revolution anmarschieren sah. Die reichlich mitgebrachten Fahnen und Schilder, auf denen die Forderungen der arbeitenden Jugend zu lesen waren, ragten aus der wogenden Masse von 2000 Jungens und Mädels hervor. Voran marschierte die Leipziger Jugend, die während der ganzen Tagung bewies, daß in ihr bereits völlig die starke disziplinierte Kraft einer Arbeiterbewegung steckte. So ging es, während die Kampflieder der Revolution erschollen, am Kirchtor-Gefängnis vorbei, wo ein begeistertes Hoch auf die politischen Gefangenen ausgebracht wurde und wo lauter als überall der Gesang der Internationale erbrauste. Die Polizei hielt sich im allgemeinen zurück, vielleicht hatte man von dem Unwetter in der letzten Stadtverordnetensitzung einen Schnupfen bekommen. Nur, als der Zug in die Geiststraße einbog, kam ein Behelmter entsetzt angestürzt: „Meine Herren, es ist verboten! Jetzt ist ja Kirchzeit!!" Als Antwort sang ihm die Jugend ins Gesicht: „Trotz aller Tyrannei, die Arbeit, sie wird frei!"

Auf dem Hallmarkt wurden von der Estrade aus Ansprachen gehalten. Zuerst übermittelt die Jugendgenossin Mateika die Grüße der Dresdener Freien Jugend. Dann sprach der Jugendgenosse W. Münzenberg aus Stuttgart begeisternde Worte. Er gedachte derer, die als Opfer dieses furchtbaren Krieges gefallen sind, und besonders derer, die aus den Reihen der Jugend dahinsanken. Aber jetzt sei es nicht an der Zeit, Gedächtnisfeiern zu veranstalten, denn jetzt habe die entscheidende Stunde für die Menschheit geschlagen. Die unterblichen Ideale des Sozialismus seien neu emporgewachsen. Die historische Aufgabe des jungen Proletariats sei es, die kleinbürgerliche Revolte emporzutragen zur sozialen Weltrevolution. Dafür habe es jetzt die Fahne durch die Straßen getragen. Politisch müsse die Jugend sein, die für sich selber diesen Kampf führe. Am 7. September würde auf der ganzen Welt das Jungproletariat seinen Weltjugendtag abhalten.

Nach diesen Reden wurde die Internationale gesungen, und dann marschierte der Zug noch durch die ganze Stadt zum Sportpark zwischen Halle und Bruckdorf, wo der gesellige Teil der Veranstaltung zu seinem Rechte kam. Auf dem Hallmarkt gab es übrigens Spiegel genug. Dicht neben dem Redner stand sogar ein Polizeikommissar in höchst eigener Person, der von manchem Jugendlichen erkannt wurde. Diesen Gesellen wird wohl übel geworden sein, als sie sahen, daß die Jungen nicht nur zwischerten, wie die Alten sungen, sondern im Gegenteil manchen Alten bereits sehr überragten an Begeisterung und Aufopferungsfähigkeit für den Sieg des Sozialismus.

Von den Veranstaltungen am Nachmittag, bei denen die Leipziger Jugendlichen den Hauptanteil hatten, fielen besonders die Volkstänze und ein Fastnachtsspiel von Hans Sachs. Der fahrende Schüler im Paradies, auf. In Frohsinn und Geselligkeit blieb die Jugend zusammen, bis für die einzelnen Ortsgruppen die Stunde zur Heimkehr gekommen war. Das Hallische Proletariat ruft ihnen ein Auf Wiedersehen zu. Der gestrige Tag hat den Alten und den Müden erneut gezeigt, daß ihr Werk weitergetragen wird, daß die Fahne des Sozialismus in den Händen dieser kampffrohen Jugend endgültig zum Siege geführt werden wird!

Städtetag des Städteverbandes Sachsen-Anhalt.

Am 25. Juli tagte im Stadtverordnetensitzungssaale der Städtetag des Städteverbandes Sachsen-Anhalt. Vertreten waren sämtliche Städte der Provinz bis zu 10 000 Einwohner. Den Vorsitz führte der Bürgermeister Stuhrmann-Artern, der Oberpräsident wurde vom Regierungsrat Stollau vertreten. Die Behandlung der Frage Groß-Thüringens gestaltete sich zu einem Protest gegen die Bestrebungen der Thüringischen Staaten, ein Groß-Thüringen zu errichten. Regierungsrat Stollau sprach sich scharf gegen diese „Annektionsgelüste" aus. Auch Göhre habe sich gegen die Loslösungsbestrebungen gewendet. Die Reichsregierung stehe auf dem Standpunkt, daß nur mit Zustimmung der Einwohner die Abtrennung vorgenommen werden könne. Stollau hob dann noch die kulturellen Verdienste Preußens (!) hervor und betonte die wirtschaftlichen Nachteile, die eine Loslösung preußischer Gebiete mit sich bringen. Die Vertreter von Weißenfels, Schleusingen und anderen Kreisen erklärten einmütig, bei Preußen verbleiben zu wollen. Die Entschließung an die Reichsregierung und dem Oberpräsidenten zeigt recht deutlich den reaktionären Charakter und die ziemlich einseitige Zusammensetzung des Städtetages. Unsere Genossen scheinen nicht viel Einfluß ausgeübt zu haben, denn man sagte in der Resolution, daß ein starkes Preußen das Rückgrat des Deutschen Reiches bilde und deshalb stark bleiben müsse. Die einzelnen Referate allerdings waren von anderem Geiste erfüllt. Die Ausführungen, die Rektor Bigge-Artern über die Einheitsschule machte, bedeuten eine scharfe Kritik an dem neuen Schulkompromiß des Reichstags und der Reichssozialisten. Er behandelte die Schulfrage als politische Frage und auch den Revolutionsverhältnissen anzupassen habe. Die Religionsunterricht müsse aus der Schule verschwinden. Die Bildungsbestrebungen des Staates und der Schule hätten mit konfessionellen Glaubensfragen nichts gemein. Wigge machte dann sehr lehrreiche Ausführungen über die Grundschule, trat für Volkshochschulen ein und wandte sich gegen die Privatschulen. Auch müßten die toten Sprachen den Hochschulen überlassen bleiben. Der Wert der modernen Sprachen sei heute nicht hoch genug einzuschätzen. Der Vorsitzende Stuhrmann glaubt, daß die Einführung der Einheitsschule an den Kosten scheitern werde. Weder der Staat noch die Gemeinden hätten dazu die Mittel. Während man für die Regierungstruppen jeden Monat 1½ Milliarden übrig hat, hat man für wirkliche Kulturaufgaben nichts übrig. Ob sich die Einheitsschule überhaupt durchsetzen läßt, darüber entscheidet ja zuletzt nicht Herr Stuhrmann. — Genosse Hühnerbein behandelte dann in längeren Ausführungen die Frage der Verstadtlichung. Ohne Gemeinwirtschaft könnten die schweren Lasten von den Gemeinden nicht getragen werden. Vor allem müßten die gewerblichen Betriebe, besonders Wasserwerke, Gasanstalten usw., dann aber auch das Nahrungsmittel- und Bildungswesen, Kleinwohnungsbau, Krankenhäuser und Apotheken von den Gemeinden in eigene Regie genommen werden. An der Hand des Kommunalisierungsgesetzes versuchte der Gegenreferent Dr. Jaekel die Ausführungen Hühnerbeins zu entkräften. Er warnte vor falscher Kommunalisierung. Die finanzielle Seite müsse in den Vordergrund gestellt werden. Die Gemeinden dürften sich keinesfalls ihre Hauptein-nahmequelle verstopfen, nämlich die Steuereinnahme. Die Aussprache führte zu keiner Klärung. Wie ein roter Faden zog sich immer wieder die finanzielle Frage hindurch. Da die Kommunalisierung notwendig ist, wird sie auch nicht an den Finanzen scheitern. Wenn der Vorsitzende am Schluß ausführte, daß das Sozialisierungsgesetz auch von ihnen freudig begrüßt werde, so glauben wir ihm das. Solange wie die Regierung sozialisiert, ohne an der Eigentumsordnung zu rütteln, können die kapitalistischen Kreise zufrieden sein. Die Rechnungslegung soll erst im nächsten Jahre erfolgen. Nachdem der Vorstand einstimmig wiedergewählt worden war, bestimmte man Halberstadt als nächstjährigen Tagungsort.

Verband der Krankenkassen in der Provinz Sachsen und Anhalt.

Die hier tagende Jahresversammlung ist von rund 100 Vertretern fast aller größeren Krankenkassen im Bezirk der Landesversicherungsanstalt Sachsen-Anhalt besucht. Anwesend sind weiter auch viele Vertreter von Behörden. Zu Vorsitzenden mit gleichen Rechten werden Buchmann-Halle und Drechsler-Magdeburg, als Schriftführer Weber-Zeitz und Müller-Burg gewählt. Die provisorische Tagesordnung wird um zwei weitere wichtige Punkte erweitert. Die Krankenkassenangestellten des Bezirks, die im Verband der Bureauangestellten organisiert sind, verlangen eine Neuregelung der tariflichen Anstellungsbedingungen. Weiter soll über Pensionsfragen der Angestellten gesprochen werden.

Nach verschiedenen Begrüßungsreden erstattet Drechsler-Magdeburg, der Vorsitzende des Verbandes, den Jahresbericht. Er streift die nachteiligen Einflüsse des Krieges auf die Krankenkassenversicherung. Die Volksgesundheit habe schwer gelitten und es bedürfe viel Arbeit, um die Schäden auszugleichen. Die Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung haben vielfache Ausgestaltungen erfahren. Das Selbstverwaltungsrecht der Krankenkasse habe seine frühere freiheitliche Gestalt wiederbekommen. Die Nationalversammlung habe in ihren letzten Gesetzen zur sozialen Versicherung nicht viel soziales Verständnis erkennen lassen. Der Verband umfaßt zurzeit 68 Krankenkassen mit rund 350 000 Mitgliedern. Die Aerzte traten mit erheblichen Forderungen an die Kassen heran. Es wurden im allgemeinen 25 v. H. Zuschläge zu den bisherigen Kassenhonoraren gewährt. Auch die Zahnärzte traten mit Forderungen hervor, die entgegenkommend bewilligt wurden. Einige Kassen haben Zahnkliniken eingeführt, z. B. die Allgemeine Ortskrankenkasse Magdeburg. Die Zahnärzte haben hiergegen einen recht unerfreulichen Kampf eingeleitet. Für den Mitmuch der Krankenkassenkarten der Invalidenversicherung wurden früher bezahlt, jetzt neun Pfennig gewährt. Aber auch hiermit kommen die Kassen nicht aus. Bei den hohen Gehältern, die jetzt gezahlt werden müssen, ist eine Erhöhung der Vergütung dringend nötig. Die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten ist verbessert worden. Die Landesversicherungsanstalt Sachsen-Anhalt zahlt Zuschüsse an die Krankenkassen zur besseren Ausgestaltung solcher Heilverfahren. Es ist zu wünschen, daß hier die Versicherungsanstalt nicht engherzig ist. Viele Betriebskrankenkassen nehmen jetzt nach dem Kriege die alte Gepflogenheit der ärztlichen Untersuchung der um Arbeit nachfragenden Personen vor. Es wird Material gesammelt, damit eine Aenderung des Gesetzes angestrebt werden kann, die solche unsoziale Maßnahmen verhindern. — Nowak-Erfurt teilt mit, wie die Allgemeine Ortskrankenkasse Erfurt bestrebt ist, eine eigene Zahnklinik zu errichten. Verwaltungsdirektor Thier-Halle richtet die Aufmerksamkeit auf die geringen ortsüblichen Tagelöhne (Ortslöhne). Eine Umfrage hat ergeben, daß noch Ortslöhne im Bezirk von 3 Mk. für erwachsene männliche Personen anzutreffen sind.

Kleis-Halle geht nochmals ausführlich auf die Bedeutung der Ortslöhne ein. Sie haben jetzt auch Verwendung in der Erwerbslosenfürsorge, des Tarifwesens (z. B. in den Landarbeitsordnungen) usw. Die viel zu geringen Sätze, die jetzt noch anzutreffen sind, bedeuten eine schwere Schädigung der Arbeiter und Versicherten. Es müsse auf die Oberversicherungsämter und die Regierung eingewirkt werden, damit eine Besserung der Verhältnisse eintritt.

Es hält dann Stadtschulrat Dr. Peters-Halle einen Vortrag über die zunehmende Verbreitung der Tuberkulose. Diese wurde durch die Kriegswirkungen, namentlich die Ernährungsschwierigkeiten, gezeitigt. Das wichtigste Bekämpfungsmittel ist die bessere Ernährung. Es fehlt aber das Brot und das wichtigste Mittel, die Milch. Solange der Magen der Tuberkulösen noch gut, ist noch nichts verdorben. Sehr fühlbar ist der Mangel an Fett. Redner bringt umfangreiche Statistiken über die Verbreitung der Tuberkulose, namentlich unter den Kindern. Durch die schlechten Wohnungsverhältnisse wird die Verbreitung der Krankheit nur noch mehr gefördert. Auch die zunehmende Verbreitung der Geschlechtskrankheiten unterstützt die Ausdehnung der Tuberkulose. Mit Bedauern habe er gehört, daß die Lungenheilanstalten unter Kohlenmangel und ähnlichen Schwierigkeiten zu leiden haben. Es wirke für die Kinder nachteilig, daß diese in vielen Fällen im Erwerbsleben stark mit tätig sind. Im allgemeinen können uns nur bessere wirtschaftliche und soziale Verhältnisse helfen. — Nach einer kurzen Aussprache wird in die Besprechung von Verwaltungsfragen eingetreten.

---

* **Sozialistische Studentengruppe.** Heute abend Semesterschluß-Versammlung um 8 Uhr im St. Niklaus. Anschließend Unterhaltungsabend.

* **Transportarbeiterverband.** Auf die morgen abend ½8 Uhr, im Volkspark, stattfindende allgemeine wichtige Mitgliederversammlung wird hierdurch nochmals hingewiesen und um pünktlichen und zahlreichen Besuch der Mitglieder dringend ersucht.

* **Oeffentliche Versammlung des Postpersonals** findet Mittwoch, abends 7 Uhr, im Volkspark statt. Ferdinand Bender, Mitglied der Nationalversammlung spricht über „Zweck und Nutzen der freigewerkschaftlichen Organisation für das Postpersonal". Die Postunterbeamten, das Postaushilfspersonal und die Telegraphenarbeiter werden zu zahlreichem Besuch aufgefordert.

* **Parlamentarismus und Rätesystem.** Gemäß Beschluß des Gewerkschaftskartells Halle werden in dieser Woche drei große öffentliche Gewerkschaftsversammlungen veranstaltet, in denen Genosse Rech Berlin über Parlamentarismus und Rätesystem referieren wird. Es sind alle Gewerkschaftsmitglieder von Halle und Umgegend eingeladen, und findet die Versammlung am Dienstag, den 29. Juli, abends 7½ Uhr im Restaurant Gaudich statt. Zu der am Donnerstag, 31. Juli, abends 7½ Uhr im Volkspark stattfindenden Versammlung haben nur die Bauarbeiter, Holzarbeiter und Zimmerer sowie die Fabrikarbeiter Zutritt. Für die Metallarbeiter, Eisenbahner und Transportarbeiter ist die Versammlung am Freitag, 1. August, abends 7½ Uhr im Volkspark bestimmt. Allen übrigen Gewerkschaftsmitgliedern ist es freigestellt, welche Versammlung sie besuchen wollen. Um eine Ueberfüllung einer einzelnen Versammlung vorzubeugen, ist es unbedingt notwendig, daß sich die Gewerkschaftsmitglieder der größeren Gewerkschaften an die oben angegebene Einteilung halten. Die Mitgliedsbücher sind mitzubringen. Zur Deckung der Unkosten wird ein Eintrittsgeld von 10 Pf. erhoben. Im übrigen verweisen wir auf das Inserat in der heutigen Ausgabe.

* **Allgemeine Lohnbewegung der Handels- und Transportarbeiter.** Eine Versammlung, die am letzten Mittwoch stattfand, faßte folgenden Beschluß: „Die heute am 23. Juli 1919 im Volkspark zu Halle tagende allgemeine öffentliche Versammlung aller im Handels- und Verkehrsgewerbe tätigen Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen jeder Art beschließt folgendes: Infolge der anhaltenden furchtbaren Teurung aller Lebensmittel und sonstiger Bedarfsartikel des täglichen Lebens, sehen sich die zirka 1000 Versammelten gezwungen, zu den bestehenden, völlig unzureichenden Löhnen, eine allgemeine Teuerungszulage zu fordern. Dieselbe soll beantragen: Für alle männlichen und weiblichen verheirateten Beschäftigten 50 Prozent und für alle ledigen Beschäftigten 40 Prozent, rückwirkend ab 1. Juli dieses Jahres. Diese Forderungen sollen für das ganze Handels- und Transportgewerbe Geltung erhalten, ungeachtet dessen, ob Lohntarife bestehen oder nicht. Die Versammelten beauftragen die Verbandsleitung des Deutschen Transportarbeiterverbandes, Zahlstelle Halle, die genannten Forderungen allen in Frage kommenden Arbeitgebervereinigungen im Handels- und Transportgewerbe Halles sofort einzureichen und mit diesen darüber in Verhandlungen einzutreten. Des weiteren sind die Handelskammer und der Schlichtungsausschuß in Halle von diesem Vorgehen in Kenntnis zu setzen und evtl. in dieser Sache um Vermittlung anzugehen. Die Versammelten erwarten, daß bis zum 31. d. Mts. die Angelegenheit eine zufriedenstellende Regelung erfährt, widrigenfalls sie mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln den gestellten Forderungen Geltung zu verschaffen gedenken."

* **Die Couleur-Ehre gerettet!** Das Korps Borussia bittet uns, mitzuteilen, daß der berauschte Korpsstudent, der in Nr. 170 unseres Blattes die Heiterkeit unserer Leser erregte, kein Angehöriger und auch kein Verkehrsgast des ehrenwerten Korps der Borussen sei. Er sei auch nicht in ihr Korpshaus verschwunden, nachdem er seine Abreibung erhalten hatte. Wir bringen diese Berichtigung mit großem Vergnügen, damit alle Borussen, deren Ehre schwer gekränkt ist, wieder ruhig schlafen und kommersieren können. Es ist natürlich Jade wie Hose für die Allgemeinheit, ob der Flegel ein Borusse oder ein Westfale, deren Korpshaus neben dem der Borussen steht, ein Vandale oder sonst ein farbentragender Geselle war. Er bleibt nach wie vor ein Symbol dieser ganzen vertrotzteten nationalen Jugend, deren Zwergegehirn nur den blödesten barbarischsten Ehrenstandpunkt kennt, sonst aber leer und öde und höchstens noch von Alkoholdünsten erfüllt ist. Uns wäre es lieber, wenn die edlen Jünglinge neben ihrer „Ehre" auch noch die Rücksicht auf ihre Mitmenschen beachteten. Wer das zweifelhafte Vergnügen hat, in der Nähe sogenannter Verbindungshäuser zu wohnen, wird schon manche schlaflosen Stunden den „Heldengesängen" unserer „Intelligenz" haben opfern müssen. Zum Beispiel die Bewohner der Uhlandstraße können da mancherlei erzählen, denn dort befindet sich das Haus der Tuiskonen, in der Kronprinzenstraße das der Silesen. Bis nach Mitternacht steigen, oft bei geöffneten Fenstern, die Weisen, die mit der vorrückenden Nachtzeit sich immer mehr verschönern. Bis Sonnabend früh 4 Uhr standalierten und brüllten eine Anzahl Silesen ihre Gassenhauer („Wir brauchen keine Schwiegermama" usw.) in ihrem „Heim" bei offenen Fenstern, so daß die arbeitenden Bürger, die den stärkenden Nachtschlaf bei der jetzigen mangelhaften Ernährung doppelt notwendig brauchen, an Schlafen nicht denken konnten. Die jungen Herren werden ihren versäumten Schlaf durch Schwänzen der Vorlesung im Bett zugebracht haben, während die um ihre Nachtruhe gebrachte Bevölkerung früh im Geschäft sein muß. Bei ihrem Abzug ulkten die Jünglinge noch die aus den Fenstern sehenden Leute an. Die Polizei, die schnell bei der Hand ist, die proletarische Jugend zu schikanieren, kümmert sich natürlich nicht um das Treiben dieser goldenen Jugend. Deren Ehrenstandpunkt bleibt gewahrt. Vornierthei seis Panier!

* **Vorsicht bei ungekochtem amerikanischen Speck.** Der Genuß von amerikanischem mageren Speck hat schon mehrfach schwere Trichinenvergiftung zur Folge gehabt. Von ärztlicher Seite wird die Presse darum gebeten, auf die schweren Gefahren hinzuweisen. Der Verlauf der Erkrankung sei sehr langwierig. Es ist also dringend zu empfehlen, amerikanische Schweineseifschwaren nur in gekochtem Zustande zu essen.

* **Stadttheater.** Heute Montag, abends 7½ Uhr, wird das Schauspiel Alt-Heidelberg wiederholt. Dienstag Der Zigeunerbaron. Mittwoch Lohengrin. Donnerstag Stein unter Steinen. Freitag Martha. Sonnabend nachmittag Schülervorstellung, Wilhelm Tell. Sonnabend abend Der Freischütz. Sonntag nachmittag Volksvorstellung bei ganz kleinen Preisen, Kümmelblättchen. Sonntag abend Hannerl.

* **Aus dem Zoologischen Garten.** Die Ernährung der Raubtiere macht jetzt außerordentliche Schwierigkeiten, oft müssen die Tiere mit wenig Fleisch vorlieb nehmen, trotzdem haben die Tüpfelhyänen (Hyaena Crocuta) am 30. Juni zwei Junge geworfen. Gerade die Zucht dieses hundeartigen Raubtieres ist außerordentlich schwer, erstmalig gelang sie dem Berliner Zoologischen Garten im Jahre 1871, dann erst wieder im benachbarten Leipziger Garten (1914) und im vergangenen Jahre bei uns in Halle. Die kleinen braunschwarzen Kerle sind von dem ersten Tage ab — sie werden mit offenen Augen und mit Zähnen geboren — sehr munter und rauflustig. Durch eine Unvorsichtigkeit der Mutter wurde das eine Jungtier im Nacken verletzt und die dauernden Balgereien der beiden Geschwister ließen die Wunde nicht heilen, so daß der Patient der Mutter fortgenommen werden mußte. „Miska" wird nun mit der Flasche großgezogen und verspricht, trotz seiner schweren Verletzung, ein kräftiges Exemplar zu werden.

Ammendorf. In der Gemeindevertretersitzung am 22. Juli machte der stellvertretende Gemeindevorsteher Genosse Rothe Mitteilung, daß die beschlossenen Ortszulagen der Lehrer von der Regierung genehmigt sei. Wegen Auflösung des Gutsbezirks Beesen wurde nochmals ein Schreiben an den Kreisausschuß abgesandt. Die Verlegung eines Hochspannungskabels wurde der A. E. G. unter Bedingungen genehmigt. Weiter wurden die Strompreise der Ueberland-Zentrale genau so festgesetzt, wie bei der A. E. G. die Vertretung beschloß. Mitglied der Krüppelheilanstalt mit einem Jahresbeitrag von 50 Mark zu werden. Es soll ein Wohnungsnachweis eingerichtet werden, dem jeder Vermieter und Mieter sofort seinen Wohnungswechsel zu melden hat, damit dem Wohnungsmangel gesteuert werden kann. Die Genossen Hofmann, Heinitz, Dietrich und Buschendorf wurden als Mitglieder der Wohnungskommission für den Amtsbezirk gewählt. Die Heimkehr von 90 Kriegsgefangenen wird hier erwartet, zur Unterstützung bewilligte die Vertretung 1500 Mark.

Löbejün. Stadtverordnetensitzung. Zunächst wurden die Berichte über die Revisionen der Stadtkasse und der Sparkasse entgegengenommen. Ueber den Antrag des hiesigen Lehrerkollegiums, auf Einreihung in eine höhere Wohnungsklasse soll bei der nächsten Haushaltsberatung nach genauer und eingehender Prüfung der Verhältnisse endgültig beschlossen werden. Der Verkauf von 90 Quadratmeter Gartenland, à Quadratmeter 3 Mk., an den Maurer Friedrich Brömme sowie das Gartenland des Ernst Peter Lüderschen Grundstücks an den Landwirt Rudolf Peter für 30 Mk. wurde genehmigt. — Die Vertreter zum Städtetag in Halle wurde der Stadtverordnete [illegible]

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262191907 28-12/fragment/page=0005

— Für die heimkehrenden Kriegsgefangenen werden statt bei vom Magistrat beantragten 400 Mk. nur 200 Mk. bewilligt, mit der Begründung, daß zunächst das Reich für die Opfer der bisherigen Militär- und Gewaltpolitik einzutreten habe. Nach Erledigung der Tagesordnung wurde von den sozialdemokratischen Vertretern Aufklärung verlangt über die Methode des früheren Bürgermeisters Dziehowski-Moiele bei der Verteilung des Ueberschusses, der bei der Zwangsablieferung von Fahrradbereifung und Kriegsmetalle (Kupferkessel, Türklinken usw.) herausgewirtschaftet worden war. Trotzdem der Bürgermeister mit der Abnahme nur wenig zu tun hatte, nahm er den größten Teil der Provision für sich in Anspruch, und die die Arbeit geleistet hatten, bekamen nichts. Bei dem Vertrieb der Kriegsanleihe wußte er ebenfalls seinen Vorteil gehörig zu wahren. In beiden Sachen wurde dem Magistrat aufgegeben, die Tatsachen genau festzustellen und Bericht zu erstatten. In der Frage des Wassermangels wurde beschlossen, in den Betrieben und Grundstücken mit größerem Wasserverbrauch die Wassermesser wieder in Ordnung zu bringen.

Können. Streikbrecher. In dem Betriebe der Zuckerfabrik Könnern, A.-G., haben es manche Personen, trotz Arbeitsruhe am 21. Juli, fertiggebracht, uns in den Rücken zu fallen. Während 90% der Belegschaft durch Arbeitsruhe den ernsten Tag feierten, ließen sie sich, trotzdem ein Teil davon organisiert ist, nicht abhalten, zu arbeiten. Einige von diesen Elementen arbeiten noch täglich 10 Stunden, für den geringen Lohn von 1,10 Mk. für die Stunde. Neben ihrer politischen Verräterei versuchen solche Leute uns auch noch um die wirtschaftlichen Errungenschaften der Revolution zu bringen! Die Arbeiterschaft des Betriebes wird hoffentlich unverzüglich zu diesem unkollegialischen Verhalten Stellung zu nehmen.

Stadttheater.

Hannerl. Das Hannerl aus dem Dreimäderlhaus regiert jetzt als Hausmütterchen im Hause des Herrn Hofrates Baron Schober, dem sie einen Sohn Franz, das bereits siebzehnjährige Hannerl und einen sehr lebhaften Knirps Georg geschenkt hat. Fräulein Hannerl wird auf den ersten Ball geführt, verliebt sich über Hals und Kopf in einen Freund des Bruders, der ebenfalls gleich Feuer fängt. Dieser dormiert aber auffällig mit der ungarischen Komtesse Kranka und verwirrt dadurch Hannerls Herz. Die Arme flüchtet zur Mutter, die vor einer Schubertbüste seufzend eine tröstliche Jugenderinnerung auskramt, die melodramatisch von einem Dreimäderlhaus-Quodlibet unterstützt wird. Der dritte, der Aufklärungsakt, stellt natürlich den Verlobungszustand wieder her, zumal da der erkrankte Liebling, der auch dem Herrn Papa dringend ans Herz gelegte Ehekandidat ist. Baron Franz besitzt schließlich auch nette Aussichten auf eine Heirat mit einer zuckerfüßen Konditorstochter. Zu diesem beschämend unkomplizierten Backfischroman wird nun Schubert-Musik verübt. Der Bearbeiter Karl Lafite versteht sein Handwerk und verfährt nach erprobtem Muster und mit erprobter Skrupellosigkeit. Weiter erlebt man die Quälerei, bekanntere Klavierdichtungen und anderes vertrautes Melodiengut aus ihrem Boden gerissen und unbarmherzig in eine Wäschenbenkung hineingezwängt zu sehen. Wenn es nicht offensichtlich, daß hier auf dem Gebiete, das man von allem Materiellen frei machen soll, sich übelster Kapitalismus eingeschlichen hat? Kapitalismus, der nicht nur Arbeitskräfte aufsaugt, sondern auch noch geistiges Eigentum wahrer Idealisten schändet. Armer Schubert! Und du, gutes sentimentales Publikum, du Kleiste so kindischmatt, wie zu Großvaters Zeiten! Geleugnet soll nicht werden, daß die Spekulation nicht fehl schlug: das ausverkaufte Theater war sehr beifallsfreudig. Willi Schur hatte sich um die Einstudierung und Inszenierung verdient gemacht. Unter den Darstellern war er es auch besonders, der gefiel. Die joviale Lebensweisheit des alten Großvaters Christian Aschöll lag ihm ausgezeichnet. Die Hannerl hatte in Anna Enghardt eine sehr sympathische Darstellerin gefunden, während für ihren geliebten Baron sich Paul Stampa mit der ihm eigenen Liebenswürdigkeit einsetzte. Auch sämtliche übrigen Partien waren mit tüchtigen Kräften besetzt. Mit Umsicht leitete Karl Nöhren das Orchester. Wenngleich die Verfasser des Dreimäderlhaus den Ruhm abgeschöpft haben, so dürfte doch auch Hannerl ein Erfolg von einiger Dauer sein.

Verantwortlich für Politik und Parteinachrichten: Paul Fennig; für Halle und Saalkreis und für Aus der Provinz: Werner Scholem; für Anzeigen: Hermann Schade; Verlag Volksblatt G. m. b. H. Druck: Hallesche Gemeinschaftsbuchdruckerei G. m. b. H., sämtlich in Halle.

Mitgeteilt von der Wetterdienststelle Ilmenau.
Dienstag, 29. Juli: Wechselnde Bewölkung, kühl, zeitweise Regen.

Walhalla-Operetten-Theater
Ensemble-Gastspiel.
Direktion: Felix Meinhardt.
Heute präzise 7½ Uhr:
Uraufführung:
Die oder Keine 2908
Schwankoperette in 3 Akten
nach Fr. Friedmann-Fredrich von Rich. Bars.
Musik von Walter W. Götze.
Komponist von „Ihre Hoheit die Tänzerin".
Gesamtspielleitung:
Herm. Feiner vom Thaliatheater in Hambg., a. G. Musik. Leitung: Hans Oswald-Fenslein.
Regie: Fräulein Paula Moor.
Tänze einstud. v. d. Ballettmeisterin Ph. Döhler.
Hauptrollen:
Vilma Conti v. Theater d. Westens, Berlin, a. G. Käthe Jungherr, Fritzi Printz-Berndt, Anni von Loga, Hermann Feiner vom Thaliatheater in Hamburg, Rudolf Ander vom Metropoltheater in Berlin, Hugo Claus, Bruno Adam, R. Hustig.
Kasse von 10—1½ und 4—6 Uhr.

Oberpollinger
Haustein's Damen-Orchester.
Morgen Dienstag: 2896
Grosser Hausball.

Thalia-Säle.
Geiststr. 42 a. Tel. 6818.
Heute Montag und morgen Dienstag, von abends 6 Uhr an: *1946
Grosser Ball
bei stark besetztem Seifert-Orchester.

Geselligkeits-Verein „Alpengrün"
Dienstag, den 29. Juli, in Wilsdorfs Gesellschaftshaus, Karlstrasse:
Tanzkränzchen verb. mit humorischen Vorträgen :: des Geschwister Wolf-Trios. ::
— Anfang 6 Uhr. — 2899
Hierzu ladet ergebenst ein Der Vorstand.

Transportarbeiterverband Halle (S.).
Morgen, Dienstag, den 29. Juli, abends ½8 Uhr, im Volkspark:
Generalversammlung.
Tagesordnung:
1. Berichte vom zweiten Quartal.
2. Stand unserer Lohnbewegung.
3. Kartellangelegenheiten.
2894 Die Ortsverwaltung.

Postunterbeamte, Postaushilfspersonal und Telegraphenarbeiter.
Mittwoch, 30. Juli 1919, abends 7 Uhr, im Volkspark, Halle a. d. S., Burgstr. 27:
Grosse öffentliche
Versammlung
des gesamten Postpersonals von Halle.
Tagesordnung:
Zweck und Nutzen der freigewerkschaftlichen Organisation für das Postpersonal
Redner: Herr Ferdinand Sender, Berlin, Mitglied der Nationalversammlung.
Zu zahlreichem Besuch ladet ein
D. T. A. V.
2895 Sektion des Postpersonals.

Mode-Zeitungen
empfiehlt die
Volksbuchhandlung, Halle a. S., Harz 42/44.

Ansichts-Postkarten empf. die Volksbuchhandlung.

Gurtriemen-Stücke
für Pantoffelsohlen sich gut eignend, verkauft
*1876 J. Sternlicht, Halle (S.).

Zur Anfertigung feiner
Herren-Garderobe
empfiehlt sich 2903
Otto Bartelt,
Dreyhauptstr. 7, I L.

Fahrraddecken,
Continental, Excelsior, Harburg, Wien, Calmas, Polack preiswert abzugeben, sowie prima ausländische Luftschläuche. 2903
Konrad Wurmstich,
Fahrradhdlg., Merseburgerstr. 163.

Tragkörbe sind preiswert abzugeben bei W. Ermisch, Jakobstraße 44, p. 2893

2 Aufklär.-Broschüren üb.
Heilung d. Syphil. ohne Quecksilber u. Salvarsan, durch Dr. Gänts' bewährte Methode. Zu bez. für Mk. 2.— durch Daphners Verlag, München 43, Postfach 149. 2900

Bettstroh
verk. Breitestraße 10. 2896

Arbeitsmarkt

2 Baggermeister
für Lübecker B.-Bagger sofort gesucht.
Julius Berger, Tiefbau-Akt.-Ges.,
Bauburean Körbisdorf. *1922

In der Gemeinde Klostermansfeld ist zum 1. Oktober 1919 die Stelle als
Gemeindevorsteher
zu besetzen.
Bewerber wollen ihren Lebenslauf mit Zeugnisabschriften einsenden, nicht unter 30 Jahr alt sein, in Verwaltungsfachen eingearbeitet und der U. S. P. angehören, Gehalt nach Uebereinkommen.
Bewerbungen sind bis zum 10. August 1919 an die Gemeindevertretung, i. V. Ferdinand Polenz, Klostermansfeld, einzusenden. Kriegsbeschädigte u. Rentenempfänger erhalten den Vorzug. *1940

Ziegeleiarbeiter
werden gesucht. Nur ältere Leute wollen sich melden. *1925
Otto Hille, Halle-Trotha, Brachwitzerstr. 8.

Gemeindediener-Gesuch.
In Wehlitz bei Schkeuditz wird ein
Gemeindediener
gesucht. Reflektiert wird auf eine jüngere Person, welche Lust und Interesse für Wegebau und Obstbaumpflege hat und unbestraft ist. (Bestrafungen wegen militärischer u. politischer Vergehen gelten nicht als Strafe).
Gesuche mit selbstgeschriebenem Lebenslauf und Lohnansprüchen, sind bis 9. August 1919, bei dem Unterzeichneten einzureichen. *1938
Vorstellung ist zurzeit nicht erwünscht.
Richard Thieme, Gemeinde-Vorsteher.

Tüchtige
Stenotypistinnen
vermittelt *1948
Städtisches Arbeitsamt,
Salzgrafenstr. 21. Fernruf 5502.

Tüchtiger
Kesselklopfer
für grössere Kesselanlage in angenehme Stellung sofort gesucht. Offerten unter V. H. 377 an die Exped. dieses Blattes. 2898

Gewerkschaftskartell Halle.
3 grosse öffentliche
Gewerkschafts-Versammlungen
mit der Tagesordnung:
Parlamentarismus und Rätesystem.
Referent: Gen. Koch-Berlin.
Für Ammendorf:
Dienstag, den 29. Juli 1919, abends 7½ Uhr, im Restaurant Gaudich.
Für Halle:
Donnerstag, den 31. Juli 1919, abends 7½ Uhr, im Volkspark:
Bauarbeiter, Holzarbeiter und Zimmerer, Fabrikarbeiter.
Freitag, den 1. August 1919, abends 7½ Uhr, im Volkspark:
Metallarbeiter, Eisenbahner und Transportarbeiter.
Den Mitgliedern der übrigen Gewerkschaften ist es freigestellt, welche Versammlung sie besuchen wollen.
Ohne Mitgliedsbuch kein Eintritt.
Zur Deckung der Unkosten wird ein Eintrittsgeld von 10 Pf. erhoben.

Mittwoch, den 30. Juli, abends 7½ Uhr, im Volkspark:
Kartell-Versammlung
Tagesordnung:
1. Eingegangene Mitteilungen.
2. Anstellung eines Arbeitersekretärs.
3. Verschiedenes.
Die Vorstände der Gewerkschaften sind zu dieser Sitzung besonders eingeladen.
Um pünktliches Erscheinen wird ersucht.
2907 Der Vorstand.

Monteur,
welcher das Aufstellen einer Groß-Brot-Abwieg- und Wirkmaschine von Luze, Halle, für eigene Rechnung übernimmt,
gesucht. *1943
Bäckerei A. Brede,
Gudensberg, Hessen-Nassau.

2 tüchtige
Holzbildhauer
für dauernd sucht *1920
Otto Lipkowsky,
Wittenberg, Schäferstr. 10.

Schmiedelehrling
geg. Vergütung sucht 2910
Schoene, Lindenstr. 49.

Ziegel- u. Pappdecker 2906
stellt ein Fleischerstr. 14.

Ich bitte Denjenigen, welch, so freundl. war, am Sonnab. vorm. geg. 9 Uhr in d. elektr. Bahn Linie 1, als ich an d. Bernburgerstr. ausstieg meinen *1949
Regenschirm
mit heller Hornkrücke an sich zu nehmen, gegen Belohnung abzugeben.
Trothaerstr. 35.

Die Beleidigung, die ich gegen Frau Hulda Berger ausgesprochen, nehme ich zurück. *1942
Berta Lehnhardt,
Bornstedt.

Ehrenerklärung.
Die Beleidigung, die ich gegen den Bademeister Philipp Himmighofen ausgesprochen habe, nehme ich hiermit reuevoll zurück.
Friedrich Richter,
Leunawerk. *1941

Warnung.
Warne hiermit jeden, meiner Frau Anna Rögner geborene Krengel auf meinen Namen etwas zu borgen, da ich für nichts aufkomme.
Karl Rögner, Kröllwitz.

Bad Wittekind.
Dienstag, den 29. Juli, nachmittags 3½ Uhr:
Kur-Konzert
von der Kapelle des Füsilier-Regiments Nr. 36.
Leitung: Kapellmeister G. Haupt.
Eintrittspreise:
Erwachsene 60 Pfg.,
Kinder 40 Pfg.
Dauerkarten haben Gültigkeit. *1944
Mittwoch, den 30. Juli, abends 8 Uhr:
Extra-Konzert
v. Seifert-Orchester.
Bei günstiger Witterung unter Mitwirkung des Burgemeister-Gesangs-Quartetts.

Möhren, Karotten, pro Zentner 10 Mk. ab Bahnhof, Ladenpreis 15 Pf. das Pfund, frische gr. Bohnen a Pfund 50 Pf. u. leibfgeräucherte Heringe.
Frau Riemann, Dienstg. *1938 Berlinerstr. 26 b.

Gr. heller Kastenwagen mit Bdk. 2900 Brunoswarte 20, II.

Alle Ausführungen
Bönicke,
Leipzigerstr. 54.

Stadttheater
Dienstag, 29. Juli 1919:
Anf. 7½, Ende 10¼ Uhr
Der Zigeunerbaron.
Operette v. Joh. Strauß.
Mittwoch: 2897
Lohengrin.

Apollo-Theater.
Tägl., abends 8 Uhr: 2906
Der fidele Bauer.
Operett. von Leo Fall
Vorverk. 9-1 u. 5-½7.

Parteischriften empfiehlt: Volksbuchhdlg.

Schutzmarke
Gute Schuhe
behandle man nur mit
Dr. Gentner's Leiwachs-lederpuz
Nigrin
Das Leder wird dadurch weich, haltbar, wasserdicht und färbt auch bei Regen nicht ab. *1934
Alleiniger Hersteller:
Carl Gentner,
Göppingen (Württbg.).
Vertreter: Eberwien & Co., Talamtstraße 2.

Kaufen Sie sich gleich ein
gutes Scheffelbrot.
Es ist unübertroffen an Geschmack und Bekömmlichkeit.
2891

Bin bis zum 26. August *1947
verreist.
Sanitätsrat Dr. Oppenheimer.

Artur Gödel
Gertrud Gödel geb. Mangold
Vermählte. *1945

Georg Benneke
Margarete Benneke geb. Mangold
Vermählte.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219190728-12/fragment/page=0006